

Mittelstands Magazin

www.mitmagazin.com

G 1480

5
2013

INFORMATIONEN UND FORUM FÜR MITTELSTAND, WIRTSCHAFT UND MANAGEMENT

POLITIK

Von Sparen
keine Spur

UNTERNEHMEN

EU: Eckige Beutel
statt runder Dosen

SERVICE

Was tun bei Attacken
aus dem Netz?



Günstig telefonieren
auf Reisen

Nur für Selbständige und Unternehmer

O₂


FÜR IHR BUSINESS IST AUSLAND JETZT INKLUSIVE.

WIR MACHEN MEHR FÜR IHR BUSINESS.
WANN SOLLEN WIR STARTEN?


DER NEUE O₂ BLUE ALL-IN L
PROFESSIONAL NUR

33,61€

netto mtl.*

 O₂ Shop

 o2selbstaendige.de

 0800 10 90 040

Telefónica Germany GmbH & Co. OHG, Georg-Brauchle-Ring 23–25, 80992 München

*Tarif O₂ Blue All-in L Professional mit EU+ Travel Voice/SMS Option und EU+ Travel Daten Option (100 MB) gilt nur für Selbständige/Unternehmer: Mtl. Paketpreis für Tarif inkl. Option 33,61 € netto (39,99 € brutto). 24 Monate Mindestvertragslaufzeit. Anschlusspreis 25,20 € netto (29,99 € brutto). Mit der inkl. EU+ Travel Voice/SMS Option kosten aus-/eingehende Anrufe in bzw. aus EU-Mitgliedsstaaten sowie Island, Kroatien, Monaco, Norwegen, Schweiz, USA und Kanada einmalig 0,41 € netto (0,49 € brutto) pro Anruf, es fallen keine weiteren Kosten pro Minute an. Nat. Standardgespräche in alle dt. Netze und Standard-Inlands-SMS in alle dt. Mobilfunknetze kostenlos. Im Tarif enthalten sind 90 Inklusiv-Minuten für Standardgespräche in die EU-Mitgliedsstaaten sowie Island, Kroatien, Monaco, Norwegen, Russland, Schweiz, Türkei, Ukraine, USA und Kanada, danach 0,24 €/Minute netto (0,29 €/Minute brutto). Enthalten sind 1000 SMS in die bzw. aus den o.g. Teilnehmerländern, ab 1001 SMS: 0,08 €/SMS netto (0,10 €/SMS brutto). Preisangaben gelten jew. nur für Standardgespräche und -SMS, nicht für Sonderrufnummern, Gespräche und SMS auf See oder aus bzw. zu Satellitennetzen. Mobiles Surfen im dt. O₂ Netz: Bis 2 GB/Abrechnungsmonat max. Geschwindigkeit bei LTE-Verfügbarkeit (Übersicht auf www.o2.de/lte) sowie LTE-fähigem Gerät 50 Mbit/s, ansonsten 14,4 Mbit/s, danach bis 32 Kbit/s. Mobiles Surfen im Ausland: Enthalten sind 100 MB/Abrechnungsmonat; nach Verbrauch des inkl. Datenvolumens max. Geschwindigkeit 16 Kbit/s, ab 103 MB max. 2 Kbit/s. Datennutzung außerhalb der aufgeführten Länder wird entsprechend dem genutzten Tarif zusätzlich gem. Preisliste abgerechnet (zusätzl. Anrechnung auf 100 MB Volumen). Datenvolumen gilt jew. nur für paketvermittelte Datenverbindungen (im Inland inkl. Voice over IP und Video over IP), nicht für Peer-to-Peer-Dienste. Jew. ungenutzte Inklusiv-SMS und Inklusiv-MB sind nicht auf den Folgemonat übertragbar. SIM-Karte nutzbar in Handy ohne SIM-/Net-Lock.

Telefónica

STEUERERHÖHUNGEN

Alles unter der Flagge der Gerechtigkeit

Wenn die gesellschaftspolitische Debatte vom Thema „Gerechtigkeit“ dominiert wird, muss sich insbesondere die leistungsbereite Mittelschicht, auch und gerade der selbstständige Mittelstand, auf neue Belastungen gefasst machen. Linke, Grüne und Sozialdemokraten rufen unisono nach der Solidarität der starken Schultern. Im Klartext heißt das nichts anderes als Steuererhöhungen auf breiter Front. Die Wiedereinführung der Vermögensteuer oder eine Vermögensabgabe, natürlich eine höhere Erbschaftsteuer und nicht zuletzt die Erhöhung des Spitzensteuersatzes in der Einkommensteuer gehören allesamt zu den „Wahlversprechungen“ der vereinigten Linken.

Doch wie verführerisch mehr Geld für Politiker ist, zumal wenn sich Steuererhöhungen mit staatlicher „Verteilungsgerechtigkeit“ verbrämen lassen, zeigt selbst eine saarländische Ministerpräsidentin mit CDU-Parteibuch. Sie findet eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes in der Einkommensteuer aus Gründen der sozialen Symmetrie für richtig. Dass diese Position auch im linken Flügel der CDU populär ist, belegen eine Reihe von Beschlüssen der Sozialausschüsse.

Doch wie will man glaubwürdig im bevorstehenden Bundestagswahlkampf den Mittelstand und die breite Mittelschicht an die Wahlurnen bringen, wenn Spitzenpolitiker

der Union das Mobilisierungsthema „Keine Steuererhöhungen!“ ohne Not selbst aufgeben? Oder ist das eine subtile Form von Zweitstimmenwerbung für die FDP? Dass eine solche Harakiri-Strategie mit Machtverlust enden kann, hat doch vor wenigen Monaten erst die Niedersachsen-Wahl schmerzlich bewiesen.

Nie hat der Fiskus in Deutschland über höhere Einnahmen verfügen können als heute. Und trotzdem gieren Politiker nach noch mehr Finanzmasse, um neue soziale Leistungen ausrufen zu können. Dabei bezahlen wir schon seit Jahrzehnten selbst



Oswald Metzger ist stellv. Bundesvorsitzender der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU

konsumtive Leistungen mit Krediten. Einen kreditfinanzierten Sozialstaat bekämpft man aber mit weniger Ausgaben, nicht mit neuen Leistungsversprechungen, die angesichts der Staatsverschuldung nur mit massiven Steuererhöhungen und neuen Krediten zu bezahlen wären.

Warum sagen wir der Bevölkerung nicht ungeschminkt die Wahrheit? Die Geschichte der deutschen Steuerpolitik buchstabiert sich als endlose Steuererhöhung. Die kalte Progression, die vor allem die Einkommen zwischen 40.000 und 80.000 Euro überdurchschnittlich trifft, schlägt voll ins Mittelstandskontor. Vor 55 Jahren, als das heutige Einkommensteuerrecht im Deutschen Bundestag in seinen Grundzügen verabschiedet wurde, hatte ein lediger Steuerpflichtiger den Spitzensteuersatz in der Einkommensteuer erst zu bezahlen, wenn er das **Zwanzigfache** des damaligen Durchschnittseinkommens an Jahreseinkünften erzielte. Heute ist der Spitzensteuersatz fällig, wenn jemand das **Eineinhalbfache** des Durchschnitts verdient. Das ist absurd und ungerecht.

Sollen die Lasten der Gesellschaft künftig noch mehr bluten? Der Staat kann den Leistungswillen vieler tüchtiger Bürgerinnen und Bürger auch mutwillig zerstören. Doch wer erwirtschaftet dann die Steuern und Abgaben, die ein immer teurer werdender Sozialstaat kostet? Abraham Lincoln sagte einst: **Ihr werdet die Schwachen nicht stärken, indem ihr die Starken schwächt!** Recht hatte der Mann.

germanwings

Lufthansa Group | germanwings

BUSINESS-REGEL NR.1

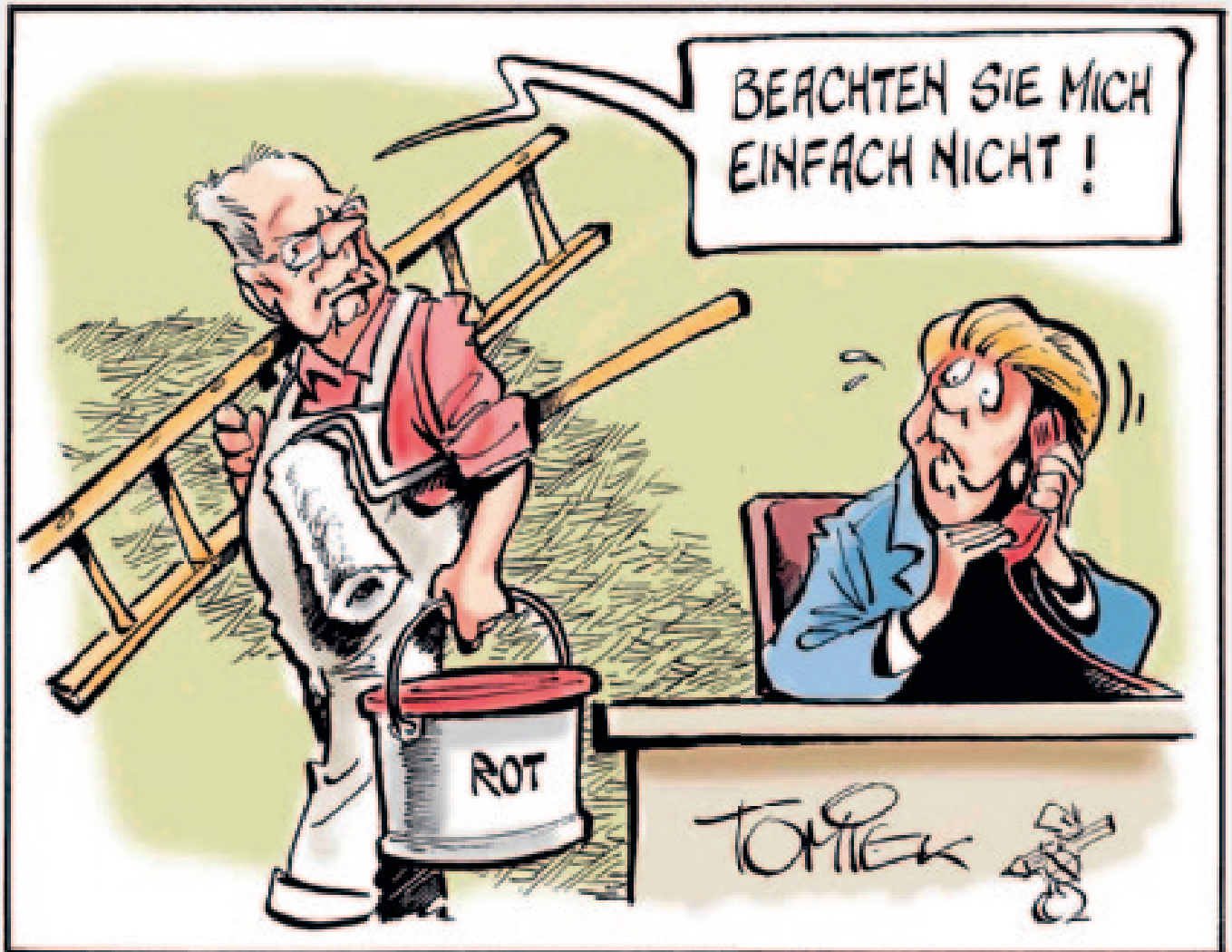
**TREFFEN SIE SMARTE
ENTSCHEIDUNGEN.**

**Mehr Komfort und Service mit dem Smart Tarif:
maximale Beinfreiheit, Snack & Getränk
und ein Freigepäckstück.**

**PREIS
LEISTUNGS
FLIEGERSM**



Jetzt buchen auf germanwings.com



STEINBRÜCKS NEUES SELBSTVERTRAUEN

Zitate

„Das Problem mit dem Sozialismus ist, dass einem das Geld anderer Leute irgendwann ausgeht“

Maggy Thatcher

„Im Wahlkampf muss man mit dem Wortschatz eines Kindergartens und mit der Grammatik eines Computers auskommen“

Hans Magnus Enzensberger

„Nun, da das Unterhaus versucht, sich nützlich zu machen, richtet es eine Menge Schaden an“

Oscar Wilde

VOM ICH ZUM WIR Steinbrücks Motto und dessen Wurzeln

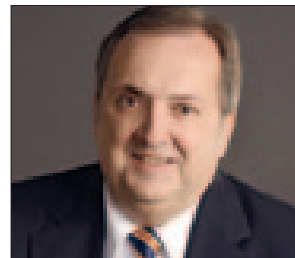
Von Günter Kohl

Was liegt an in diesem Mai, kurz vor der Sommer-PAUSE, die politisch keine wird: wegen Wahlen am 15. September in Bayern und eine Woche später im Bund und in Hessen?

- ▶ **Steinbrück 2.0:** Neustart für eine bisher mehr als verunglückte Kanzler-Kandidaten-Kür. „**Das Wir entscheidet**“ das klingt ja wie Verena Poths „**Da werden Sie geholfen**“ oder wie die Werbung für ein Bier „**Das König der Biere**“. Analphabeten unter sich. Und wer's noch peinlicher mag, der sei erinnert an diesen Spruch: „**Vom Ich zum Wir**“. Unter diesem Motto haben die DDR-Kommunisten 400.000 bis dahin eigenständige Bauern zwangsenteignet. Es kommt noch dicker für die SPD: Der **SS-Obergruppenführer und Gauleiter im „Sudetenland“**, Konrad Henlein, schrieb 1942: „Träger unserer Idee zu formen, ihnen Wesen und Gestalt der Idee aufzuzeigen ... Sie allein rechtfertigt seinen Aufbau. **Leitgedanke ist der Weg vom Ich zum Wir.**“ Schlimmer geht's nimmer.
- ▶ **Alternative für Deutschland 1.0:** Gut, sie sind alle, jedenfalls bisher, veritable Leute. Konrad Adam, ihr Co-Sprecher, hat schon für dieses Magazin eine Kolumne geschrieben, auch Alexander Gauland, einer der Mitbegründer. Ihre Gedanken zur Vernachlässigung des Konservativen in der Union können viele von uns nachvollziehen. Nun das große Aber: Schafft die AfD die 5 % und beharrt auf ihrer Anti-Europa-Politik kommt sie als Koalitionspartner der Union nicht in Betracht. Bleibt sie unter 5 % sind ihre

Stimmen zu 100 % verloren. In beiden Fällen könnte es das Ende einer bürgerlichen Regierung in Berlin bedeuten.

- ▶ **Das Traumpaar:** Claudia Roth und Sigmar Gabriel: Wer die Bilder vom SPD-Parteitag gesehen hat, der weiß, was droht. Steinbrück steht für Rot-Grün - das wird nicht langen. Steinmeier steht für eine große Koalition - könnte eng werden. Aber Gabriel und Roth stehen für Rot-Rot-Grün - ohne Oskar. Für die Linke endlich die erste, für die vom eigenen Nachwuchs bedrängte alternde Garde der Grünen die letzte und für die Gabriel-Truppe in der SPD die einzige Chance, an die Futtertröge zu gelangen.
- ▶ **Zweierlei Maß:** Die SPD hat ein Herz für Kleinstsparrer. Auf Zypern wurde jeder, der unter 100.000 Euro auf dem Sparkonto hatte, auf Drängen der deutschen SPD von der Haftung für die Staats-Pleite ausgenommen. In Deutschland dagegen wird jeder, der mehr als 64.000 Euro verdient, als Superreicher behandelt und abkassiert. So jedenfalls steht es im SPD-Wahlprogramm. So geht das eben: Vom Ich zum Wir. Enteignung kalt.



Günter F. Kohl ist Chefredakteur und Verleger des Mittelstands-Magazins

germanwings

Lufthansa Group | germanwings



BUSINESS-REGEL NR.2

**BELOHNEN SIE SICH
FÜR ERREICHTE ZIELE.**

**Auf allen Flügen wertvolle Miles & More
Prämien- und Statusmeilen sammeln.**



Jetzt buchen auf germanwings.com

Länder-Solidarität

Zähler und Empfänger im Länderfinanzausgleich in Millionen Euro (vorläufige Angaben)

Geberländer	
Bayern	3 904 (305)
Baden-Würt.	2 694 (249)
Hessen	1 327 (217)
Hamburg	21 (12)

8

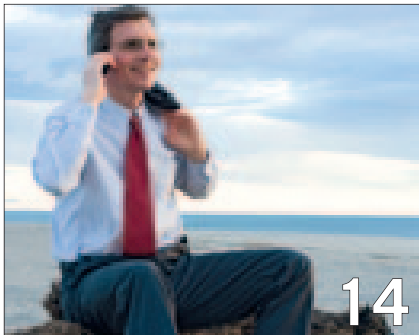
Alles auf Staat

Ausgabe des Entwurfs des Bundesstaats

Allgemeine Wirtschaftspolitik

- „Die deutsche Wirtschaft [...] profitiert von ihrer Exportstärke, davon basiert noch immer auf Produkten, die die Umwelt belasten müssen Klimabilanz einbezogen.“
- „Es gibt Bereiche, die schrumpfen müssen, beispielsweise in der Produktion oder Teile der Finanzindustrie.“
- Weiterentwicklung der grünen Agrarpolitik, Ablehnung der Idee Landwirtschaft
- Stärkere Unterstützung der südeuropäischen EU-Länder durch Finanzpolitik

11



POLITIK

- 3 Editorial**
Oswald Metzger, stellv. MIT-Bundesvorsitzender, kommentiert die aktuelle Berliner Politik
- 5 Vom ICH zum WIR**
Die SPD und ihr Motto-Missgriff
- 7 Das Finanzmanagement der öffentlichen Hand**
Von Sparen keine Spur
- 8 Paukschlag mit Ansage**
Unser Autor beleuchtet die Klage der beiden Länder Hessen und Bayern gegen den Länderfinanzausgleich
- 10 Grüne wollen Minijobs beschränken**
Die MIT wendet sich gegen das Vorhaben der Grünen-Spitze, die Verdienstgrenze bei Mini-Jobs von derzeit 450 auf nur noch 100 Euro herabzusetzen
- 11 Alles auf Staat**
Das Institut der deutschen Wirtschaft hat sich den Entwurf des Wahlprogramms der Grünen einmal genauer angesehen und analysiert

UNTERNEHMEN

- 14 Günstig telefonieren auf Reisen**
Pünktlich zur Urlaubszeit geben wir Tipps zu Telefonarifen im Ausland für Fest- und Mobilnetz – wie hält man am preiswertesten telefonischen Kontakt zu Firma und Familie
- 17 Angriff aus dem Internet**
Viele Firmen sind nur unzureichend auf Hackerangriffe vorbereitet. Wir sagen,

wie man sich und vor allem sein Unternehmen dagegen schützen kann

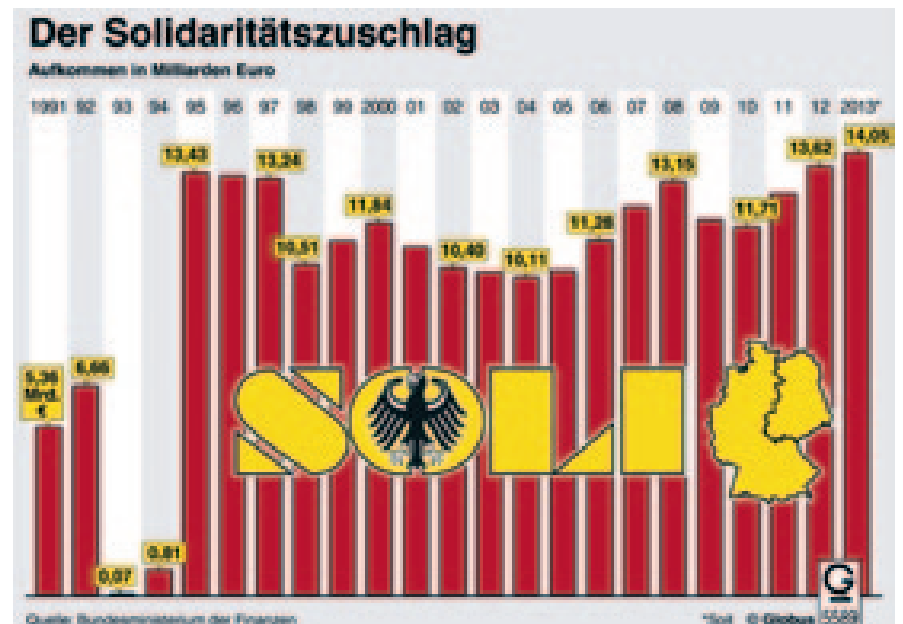
- 19 Regelungswut der EU-Kommission**
Die Regelungswut der Eurokraten macht auch vor Kau- und Schnupftabak nicht halt. Eckige Beutel statt Tabakdosen. Die vorwiegend mittelständischen Firmen der deutschen Rauchtobakindustrie wehren sich dagegen

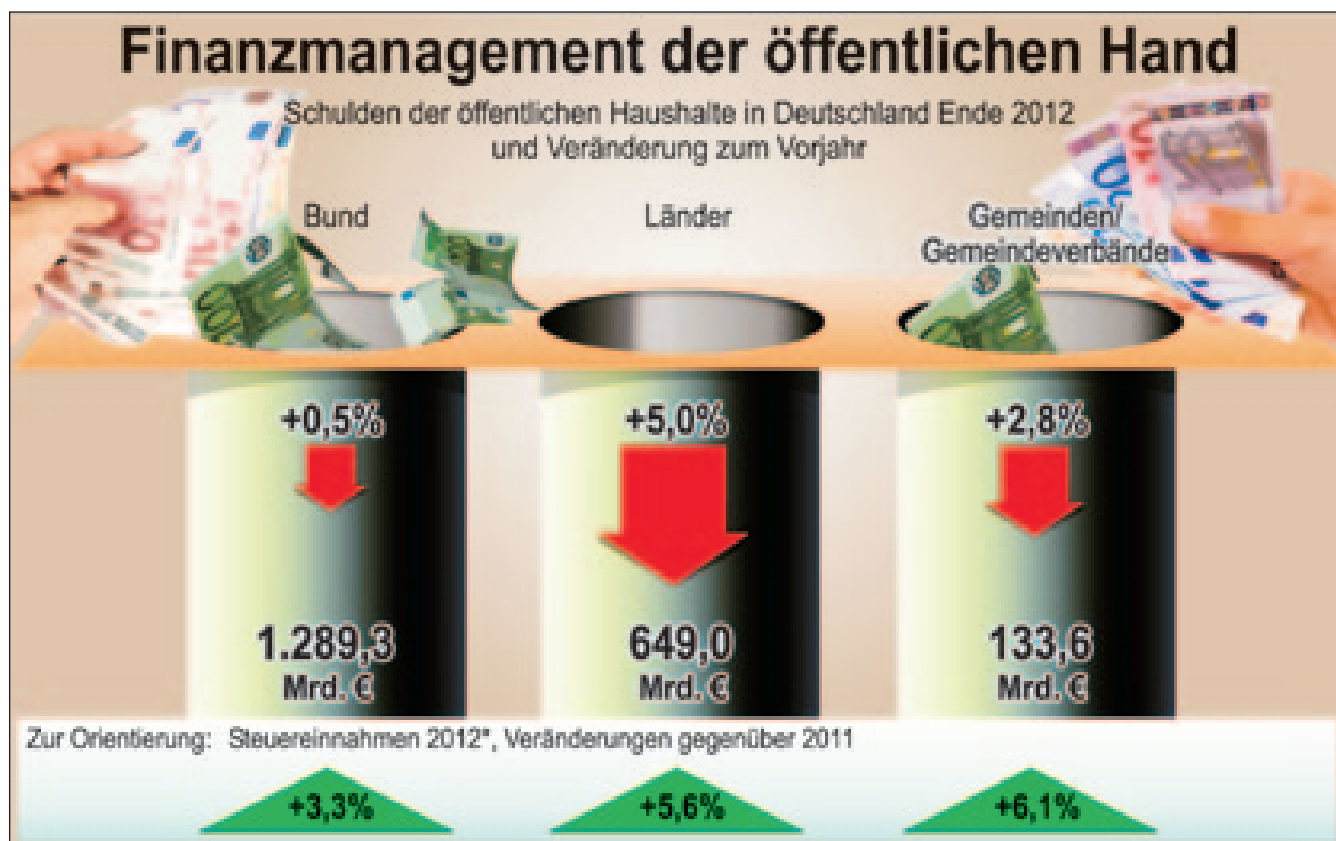
SERVICE

- 22 Wer haftet, wenn etwas zu Bruch geht?**
Wo gehobelt wird, da fallen bekanntlich Späne, aber wer zahlt, wenn Handwerker bei der Ausführung ihrer Arbeiten Schäden verursachen? Das sollten Chefs und Mitarbeiter wissen
- 24 AUTO-Test**
Für Sie gefahren: LEXUS RX 450 und VOLVO V40
- 26 Bücherseite**
Für Sie gelesen: Aktuelle Titel für den Firmenchef und ein sommerliches Gewinnspiel

MIT-/ MU-INSIDE

- 28 Berichte aus den Regionalverbänden**
- 32 MIT-Bundesvorstand in Klausur:**
Vorbereitung der Bundestagswahl
- 33 Namen sind Nachrichten**
- 34 Baustelle Berlin**
- 34 Impressum**





Von Sparen keine Spur

Wer den Politikern in Deutschland zuhört, könnte auf die Idee kommen, dass die öffentliche Hand sich Mühe gibt, nicht immer neue Schulden anzuhäufen. Die Zahlen jedoch sprechen eine andere Sprache. Nach vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes stiegen die öffentlichen Schulden 2012 um 2,1 Prozent (41,8 Mrd.) auf 2.071,8 Milliarden Euro. Der Schuldenstand des öffentlichen Gesamthaushalts in Deutschland ist seit 1950 in jedem Jahr gestiegen. Nun sind wir gespannt auf die Schuldenbremse – und wie sie umgangen wird.

Grafik/Text: imu-Infografik

Quellen: Statistisches Bundesamt (Destatis), Bundesministerium der Finanzen (BMF)

germanwings

Lufthansa Group | germanwings



BUSINESS-REGEL NR.3

**VERSCHIEBEN SIE
NICHT IHRE TERMINE, SONDERN
IHREN FLUG.**

Flüge bis zwei Stunden vor Abflug in
allen Tarifen problemlos und günstig umbuchen.
Im Flex Tarif sogar kostenlos.



Jetzt buchen auf germanwings.com

PAUKENSCHLAG MIT ANSAGE

Der Länderfinanzausgleich vor dem Bundesverfassungsgericht

Von Dr. René Geißler

Das Ereignis warf seine Schatten voraus. Manch Einer hatte bereits gezweifelt, ob Bayern und Hessen den lang angekündigten Schritt tatsächlich gehen würden. Sie gingen ihn, mit ungewissem Ausgang.

Der Länderfinanzausgleich gehört zu den Mythen bundesdeutscher Politik. Kein anderer Bestandteil der überaus komplexen Finanzbeziehungen ist vergleichbar öffentlichkeitswirksam und kontrovers. Die Konfliktlinien bilden sich hierbei entlang von Ländergrenzen. Sie sind ein Spiegelbild der Wirtschaftsstrukturen Deutschlands. Die Konflikte sind nicht neu. Sie bestehen seit Jahrzehnten. Sie sind auch nicht überraschend, sondern unabwendbar; geht es doch schlicht und einfach um die Umverteilung von Geld. Zwangsläufig wird dem Einen gegeben und dem Anderen genommen. Ärgerlich, wenn man selbst über Jahrzehnte auf der einen, der Geberseite, steht.

Der Länderfinanzausgleich besitzt eine ungemein hohe politische und mediale Popularität. Sie ist unverdient. Denn im Kern ist der Länderfinanzausgleich nur eines von mehreren (und bei weitem nicht das größte) Element fiskalischer Umverteilung in der Bundesrepublik. Auf jeder der vier Stufen findet eine Umverteilung der Steuereinnahmen statt, in Stufe 1 über die Zerlegung von Einkommen- und Körperschaftsteuer, in Stufe 2 über die Ergänzungsanteile der Umsatzsteuer und in Stufe 4 direkt über den Bund. Jede dieser drei Stufen ist größer als der eigentliche Länderfinanzausgleich in Stufe 3.

Grund zur Empörung

Das Problem des Länderfinanzausgleichs ist seine Transparenz. Er wird im Landeshaushalt als Einnahme oder Ausgabe direkt verbucht. Die Belastung ist für je-

dermann sichtbar, im Gegensatz zu jenen aus den anderen drei Stufen. Das Volumen des Länderfinanzausgleichs für Geber und Nehmer ist durchaus spürbar. Verständlicherweise führt diese Abschöpfung der Steuerkraft auf Seiten der Geberländer Jahr für Jahr zu Empörung.

Der Länderfinanzausgleich ist so alt wie die Bundesrepublik und verfolgt das Ziel, die Finanzkraft der Länder anzugleichen. Dennoch haben sich die Problemlagen, das Volumen als auch das Größenverhältnis zwischen Gebern und Nehmern verschoben. Standen sich in den ersten zwei Jahrzehnten der Bundesrepublik Geber und Nehmer ungefähr hälftig gegenüber, so änderte sich dies mit der Wiedervereinigung, welche fiskalisch erst 1995 vollzogen wurde. Das Volumen des Länderfinanzausgleichs vervierfachte sich nahezu. Die Gruppe der finanzschwachen Länder vergrößerte sich dauerhaft um fünf. Der Länderfinanzausgleich gewann einen anderen Charakter, so wie auch Deutschland in Gänze. Die Bundesrepublik ist heute ein Land, das von großen und wachsenden Differenzen in der Wirtschafts- und Bevölkerungsstruktur geprägt ist.

Magisches Datum 2020

Die örtliche Steuerkraft ist in weiten Teilen der Länder nicht ausreichend,

das allgemein gewünschte Maß öffentlicher Aufgaben zu finanzieren. Umverteilung ist daher unverzichtbar, sollen öffentliche Aufgaben deutschlandweit gewährleistet bleiben. Hierbei geht es nicht um die oft strapazierte Kür z. B. kostenfreier KITA-Jahre oder eines gebührenfreien Studiums. Ohne Ausgleich der Finanzkraft wäre die Mehrzahl der Länder (und nebenbei gesagt auch der Kommunen) finanziell nicht lebensfähig. Dieser Umstand ist auch Bayern und Hessen bewusst. Warum also klagen sie?

Die Klage zielt nicht auf eine Abschaffung des Instruments, sondern auf dessen Reduzierung. Es geht den wirtschaftsstarke Ländern verständlich darum, einen größeren Anteil ihrer Steuerkraft selbst vereinnahmen zu können. Als Begründung führen die Kläger altbekannte Argumente an: die Begünstigung Berlins, die zu hohe Steuerabschöpfung, fehlende Leistungsanreize. Daran ist auch Baden-Württemberg als Geberland gelegen. Dass

Länder-Solidarität

Zahler und Empfänger im Länderfinanzausgleich 2012 in Millionen Euro (vorläufige Angaben)

Geberländer

Bayern	3 904 Mio. € (309 € je Einwohner)
Baden-Würt.	2 694 (249)
Hessen	1 327 (217)
Nehmerländer	
Hamburg	21 (12)
Saarland	92 (91)
Schleswig-Holst.	129 (45)
Niedersachsen	173 (22)
Rheinland-Pfalz	224 (56)
Nordrhein-Westf.	402 (23)
Mecklenburg-Vorp.	452 (277)
Bremen	517 (782)
Thüringen	541 (244)
Brandenburg	542 (217)
Sachsen-Anhalt	547 (238)
Sachsen	963 (233)
Berlin	3 323 (945)

Quelle: Bundesfinanzministerium

© Globus

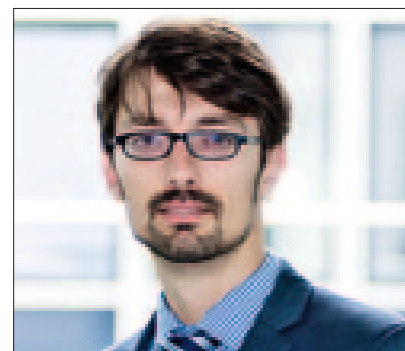


es an dieser Stelle nicht mit klagt, erklärt sich wesentlich aus der Landtagswahl, die dort kurzfristig nicht ansteht.

Inhaltlich bringt die Klage (wohl) nichts Neues. Das Bundesverfassungsgericht wird das Problem nicht lösen. Es wird einige Jahre beraten und sich letztlich auf Allgemeinplätze zurückziehen. Ist die Klage an sich vielleicht nur ein Ärgernis, wird sie hier zum Problem für die Bundesrepublik. Denn hinter den Kulissen laufen die Verhandlungen für eine Neuordnung der föderalen Finanzbeziehungen, und damit auch des Länderfinanzausgleichs, bereits an. Ziel der Länder ist es, 2014 eine Kommission einzusetzen, die sich den Finanzbeziehungen in Gänze widmet, was seit 1969 nicht mehr geschah. Die Klage ist für diese Verhandlungen mehr als hinderlich. Wer verhandelt schon gern auf Verdacht? Denn das Urteil des Verfassungsgerichts ist inhaltlich nicht prognostizierbar. Es kann, und dies ist kein unwahrscheinliches Szenario, am Ende

für die Kläger sogar teurer werden. 2019 läuft der jetzige Länderfinanzausgleich aus. Nicht nur aus diesem Grund stellt das Jahr 2020 eine Zäsur der Finanzverfassung dar. Auf der Suche nach einer Erklärung für die augenscheinliche Nervosität der Länder stößt man unweigerlich auf die Schuldenbremse, die dann in Kraft treten soll und laufende Neuverschuldung untersagt. Die Schuldenbremse stellt alle Länder vor große, manche vor kaum lösbare, Herausforderungen; auch die Geberländer. Sie verändert die bundesdeutsche Finanzpolitik grundlegend und soll die über Jahrzehnte vernachlässigte Haushaltsdisziplin stärken. Spielräume und Bereitschaft zur Solidarität schrumpfen dadurch, gleichzeitig jedoch steigt der Bedarf. Die bundesdeutschen Finanzbeziehungen müssen also bis 2019 neu geordnet werden. Der Länderfinanzausgleich ist hierbei nur ein Detail.

Der Verhandlungsprozess droht das politische System zu überlasten, die Klage erschwert ihn zusätzlich.



Dr. René Geißler, Project Manager „Neuordnung der föderalen Finanzbeziehungen“, Bertelsmann Stiftung; rene.geissler@bertelsmann-stiftung.de

geschäftstüchtich

Kostenlose Kontoführung

0,00 Euro*

Postbank Business Giro

Ab dem ersten Euro

0,60%**

Business SparCard

- www.postbank.de/geschaeftskunden
- Postbank Business-Center, Telefon: 0228 5500 4400
- Postbank Finanzcenter, www.postbank.de/filial-suche

Postbank

GESCHÄFTSKUNDEN

UNTERM STRICH ZÄHL ICH.

* Ab 10.000 € durchschnittlichem Habensaldo im Monat. ** P.a. für Beträge bis 1 Mio. Euro; Zinssatz variabel.

100-Euro-Grenze bei Mini-Jobs nicht akzeptabel

Als „populistisch“ und „nicht akzeptabel“ weist die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU (MIT) die Forderung der GRÜNEN zurück, Mini-Jobs von gegenwärtig 450 auf 100 Euro zu beschränken. Dazu erklärte Dr. Josef Schlarmann, MIT-Bundesvorsitzender:

„Das Vorhaben, Mini-Jobs massiv zu begrenzen, ist ein Frontalangriff auf die flexiblen Beschäftigungsverhältnisse. Wer Mini-Jobs auf 100 Euro beschränkt, nimmt den Menschen die Einstiegsmöglichkeit in reguläre Beschäftigungsverhältnisse und hindert sie am sozialen Aufstieg. Fakt ist: Mini-Jobs stellen eine unverzichtbare Brücke in Beschäftigung dar und führen zu einer Reduzierung der Schwarzarbeit. Besonders Studenten, die sich ihre akademische Ausbildung mit Mini-Jobs finanzieren, wären betroffen.“

Die mögliche Beschränkung der Mini-Jobs ist ein weiterer Versuch der GRÜNEN, sich auf Kosten der Menschen in Deutschland bei der SPD anzubiedern. SPD-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück hat erst vor wenigen Wochen in seinen ‚Siegereisen‘ allen flexiblen Beschäftigungsverhältnissen eine Absage erteilt. Mit ihren Vorstößen wollen GRÜNE und SPD den Eindruck erwecken, Mini-Jobs seien eine Arbeitstätigkeit zweiter Klasse.

Dabei greifen sie tief in die Kiste des Populismus. Es ist schlichtweg falsch zu behaupten, den Menschen würde es ohne Mini-Jobs besser gehen. Wenn Mini-Jobs in solch massivem Umfang begrenzt werden, wird ein Großteil der derzeit rund 7,4 Millionen Mini-Jobs gestrichen. Der überwiegende Anteil der Mini-Jobber würde in die Arbeitslosigkeit entlassen. Damit ist weder den Betroffenen noch dem Staat geholfen.

Zudem planen die GRÜNEN mit der Reduzierung der Steuerfreiheit auf 100 Euro eine weitere Verteuerung der Arbeit. Dabei sind die Arbeitskosten in Deutschland im

internationalen Vergleich in den vergangenen beiden Jahren überdurchschnittlich stark gestiegen. Um wettbewerbsfähig zu bleiben, dürfen die Kosten nicht noch weiter erhöht werden. Die Lohnstückkosten liegen mittlerweile um ein Siebtel höher als im Vorkrisenjahr 2007.“

Grüne Utopien

Im Wahlkampf muss jede Partei ihren Anhängern etwas bieten, und große Utopien können immer begeistern. Beim Bündnis 90/Die Grünen ist das ein grundlegender postmaterialistischer und ökologischer Wandel, der die Industrie infrage stellt. Ob der grüne Entwurf jedoch überhaupt funktionieren kann, darf bezweifelt werden (siehe Seite 11).

Die Ansichten darüber, wie sich Deutschland entwickeln sollte, reichen von einer mehr oder minder behutsamen Evolution bis hin zu einer grundlegenden Revolution, wie sie die Grünen wollen. Deshalb sparen sie in ihrem Programmentwurf nicht mit starken Sprüchen: „Es gibt Bereiche, die schrumpfen müssen, beispielsweise ressourcenintensive Produktion oder Teile der Finanzindustrie.“ Denn das gesamte deutsche Modell, angefangen von der Exportstärke bis hin zur relativ hohen Industriedichte, sei nicht nachhaltig.

Nun ist der Finanzsektor zurzeit ohnehin das Feindbild Nummer eins. Allerdings sind nur die wenigsten der dort Beschäftig-

ten Investmentbanker oder Börsenhändler. Die meisten arbeiten in den Filialen und betreuen die Kunden vor Ort – und werden einfach in Sippenhaft genommen.

Zwar wissen auch die Grünen, dass „Fräsen, Löten und Bohren jahrzehntlang die Wertschöpfung in der Industrie bestimmt haben“, jetzt bedarf es ihrer Ansicht nach aber der Ergänzung und des Wandels. Da drängt sich die Frage auf, warum andere Länder Deutschland um seine hohe Industriedichte beneiden. Und es erscheint paradox, dass Deutschland gerade aufgrund seiner industriellen Wettbewerbsfähigkeit die vergangene Wirtschaftskrise so gut gemeistert hat.

Dagegen wirken die grünen Reformpläne im Steuer- und Sozialsystem, etwa die Abschaffung der privaten Krankenversicherung oder die Erhöhung des Arbeitslosengeld-II-Satzes, geradezu harmlos. Zwar würde allein eine Hartz-IV-Erhöpfung auf 420 Euro monatlich nach den Berechnungen der Bundesagentur für Arbeit mehrere Milliarden Euro jährlich kosten. Aber das ließe sich immerhin locker aus den angekündigten Steuererhöhungen finanzieren...

Allein die von den Grünen geplante Vermögensabgabe soll dem Fiskus 100 Milliarden Euro einbringen, oder auch 150 Millionen – da sind sich Partei und Fraktion noch nicht ganz einig. Wahrscheinlich hat auch keiner darüber nachgedacht, dass allein in der Metall- und Elektro-Industrie mehr als 400.000 Arbeitnehmer ein so hohes Gehalt haben, dass sie von den geplanten Einkommenssteuererhöhungen betroffen sein können.

Quelle: IW Köln



Foto: BilderBox



Alles auf Staat

Ausszüge des Entwurfs des Bundestagswahlprogramms von Bündnis 90/Die Grünen

Allgemeine Wirtschaftspolitik

- „Die deutsche Wirtschaft [...] profitiert von ihrer Exportstärke. [...] Viel zu viel davon basiert noch immer auf Produkten, die die Umwelt belasten oder mit einer miesen Klimabilanz einhergehen.“
- „Es gibt Bereiche, die schrumpfen müssen, beispielsweise ressourcenintensive Produktion oder Teile der Finanzindustrie.“
- Weiterentwicklung der grünen Agrarwende, Ablehnung der konventionellen Landwirtschaft
- Stärkere Unterstützung der südeuropäischen EU-Länder durch die deutsche Finanzpolitik
- Integration aller Staaten des westlichen Balkans ohne Änderung ihrer Grenzen in die Europäische Union

Arbeitsmarktpolitik

- Allgemeiner gesetzlicher Mindestlohn von 8,50 Euro pro Stunde, zusätzlich branchenspezifische Mindestlöhne
- Kurzfristig: Begrenzung der Anzahl von Minijobbern pro Betrieb, langfristig: Abschaffung/Ersatz der Minijobs
- Ergänzung des Rechts auf Teilzeitarbeit durch ein Recht auf Rückkehr zur Vollzeit
- Abschlagsfreie Erwerbsminderungsrente wieder ab dem 63. Lebensjahr

Sozialpolitik

- Erhöhung des ALG-II-Satzes von 382 auf 420 Euro, Gegenfinanzierung durch Mindestlohn, weil weniger Aufstocker
- Schaffung eines sozialen Arbeitsmarktes, der Arbeitsangebote für ALG-II-Empfänger bietet
- Gewährung von ALG I, wenn in mindestens 4 von 24 Monaten Beiträge gezahlt wurden
- Abschlagsfreie Erwerbsminderungsrente wieder ab dem 63. Lebensjahr
- Abschaffung der kostenlosen Mitversicherung von Familienmitgliedern in der Sozialversicherung
- Sozialversicherungspflicht ab 100 Euro, Abschaffung der privaten Krankenversicherung und Einführung einer Bürgerversicherung

Steuerpolitik

- Anhebung des Grundfreibetrags von aktuell 8.130 Euro auf 8.500 Euro, Verlängerung der Progressionszone bis 60.000 Euro bei einem Steuersatz von 45 Prozent, Einführung einer zusätzlichen Progressionszone, die in einem Spitzensatz von 49 Prozent ab 80.000 Euro mündet, Reformierung Ehegattensplitting
- Europaweit koordinierte Vermögensabgabe, Freibetrag 1 Million Euro, Unternehmen sind abgabepflichtig, Partei-Aufkommen 100 Milliarden Euro, effektiver Steuersatz 1 Prozent (über 10 Jahre), Bundestagsfraktion: Aufkommen 150 Milliarden Euro, effektiver Steuersatz 1,5 Prozent (über 10 Jahre) oder maximal 25 Prozent des Gewinns
- Nach Auslaufen der Vermögensabgabe Wiederbelebung der Vermögenssteuer
- Anhebung der Körperschaftsteuer von aktuell 15 Prozent auf 25 Prozent, volle Steuerpflicht von Veräußerungsgewinnen bei Kapitalgesellschaften, Begrenzung des Betriebsausgabenabzugs für Gehälter auf maximal 500.000 Euro pro Jahr
- Ausbau der Gewerbesteuer zur Gemeindefinanzierungssteuer unter Einbezug von Freiberuflern, verstärkte Besteuerung von gezahlten Mieten, Pachten, Zinsen etc.
- Verdoppelung des Erbschaftsteuereinkommens
- Abschaffung der Abgeltungssteuer
- Streichen von Ausnahmen bei der Ökosteuer, eine Reform der Luftverkehrssteuer und der Besteuerung von Diesel und Heizstoffen sowie eine ökologische Dienstwagenbesteuerung, Weiterführung der ökologischen Steuerreform, Abschaffung von Ausnahmen, Mehraufkommen bis zu 48 Milliarden Euro jährlich
- CO₂-Reform der Kfz-Steuer

Bewertung des IW Köln

- Schwerwiegende Eingriffe in die deutsche Wirtschaftsstruktur mit kaum abschätzbaren Folgen
- Fraglich, ob die Unternehmen unter diesen Bedingungen weiterhin erfolgreich die Marktsegmente bedienen könnten, in denen sie tätig sind
- Keine Erläuterung, ob und zu welchen Kosten alternative Geschäftsmodelle und Beschäftigungschancen erschlossen werden können
- Defizit- und schuldenerhöhende Europapolitik, die weder die deutsche Wirtschaft noch die der südeuropäischen Partnerländer spürbar beloben wird

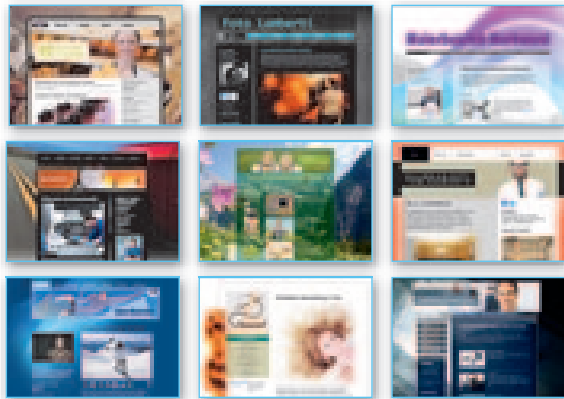
- Doppelung von allgemeinem und branchenspezifischem Mindestlohn in Kombination mit der Begrenzung von Minijobs dünnt den Niedriglohntektor aus; Folge: steigende Arbeitslosigkeit
- Mittelfristig: Politik könnte die branchenspezifischen Mindestlöhne nach politischen Kalkülen festlegen, die die Marktsituation vernachlässigen

- Anhebung des ALG-II-Satzes ist sehr kostenintensiv; geplante Gegenfinanzierung ist illusorisch, denn mit der Zahl der Aufstocker sinkt die Zahl der Beschäftigten
- Gewährung von ALG I nach vier Monaten Beschäftigung; Leistungszeitraum ist möglicherweise länger als Beitragszeitraum, Versicherungsprinzip wird geschwächt
- Abschaffung der kostenlosen Familienmitversicherung erhöht die Arbeitsanreize für Nichtverdiener; stellt Haushalte vor finanzielle Belastungen, wenn eine Arbeitsaufnahme nicht unmittelbar möglich ist
- Sozialversicherungspflicht ab 100 Euro schmälert das Nettoeinkommen und ist ein Placebo, da dadurch Leistungsansprüche unterhalb der Grundversicherung erworben werden; Bürgerversicherung bedeutet das Aus für die kapitalgedeckte Krankenversicherung

- Vermögensabgabe und -steuer, die Abschaffung der Abgeltungssteuer und die höhere Körperschaftsteuer belasten Kapitaleinkünfte; das führt zu einer Verschlechterung des Investitionsklimas und bremst künftiges Wirtschaftswachstum
- Reformierte Gewerbesteuer bekommt den Charakter einer zweiten Vermögenssteuer auf Unternehmensebene
- Höhere Einkommenssteuer belastet Arbeitnehmer, die in Branchen arbeiten, welche hohe Löhne zahlen, z.B. M+E-Industrie
- Modifizierte Ökosteuer führt zu erheblichen Kostenbelastungen der Unternehmen und gefährdet deren Wettbewerbsfähigkeit; durch diese Maßnahmen soll die Schrumpfung ressourcenintensiver Branchen forciert werden

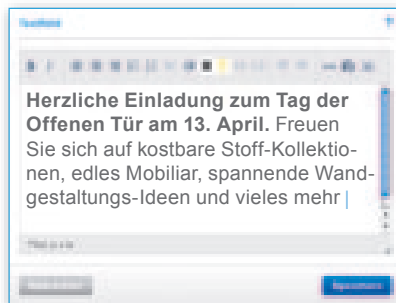
1&1 DO-IT-YOUR

Der professionelle Internet-Auftritt zum Selbermachen. Für Firmen und Freiberufler!



Homepage leicht selbst erstellen:

Hunderte attraktive Designs zur Auswahl. Mit Text- und Bildvorschlägen für mehr als 200 Branchen.



Jederzeit online ändern:

Texte einfach überschreiben oder einkopieren. Bilder blitzschnell einladen. Farben und Design ändern – alles mit wenigen Mausklicks.



1&1 Web Apps per Mausklick

integrieren: Kleine Programme, die Ihrer Homepage noch mehr Funktionen bieten.



SELF HOMEPAGE

Auch mobil präsent:

Automatisch für Smartphone-Darstellung optimiert.

Viele Besucher:

Gute Platzierung in Suchmaschinen durch professionelle Suchmaschinen-Optimierung (SEO). Und einfache Verlinkung mit anderen Websites wie Facebook, Twitter oder YouTube...



 **Gefällt mir**

 **Tweet**

.com.de

Inklusive Internet-Adresse.

Neue Internet-Adresse wählen oder vorhandene Domain einfach umziehen.

**JETZT 30 TAGE
TESTEN!**

1&1

1und1.de

**Jetzt informieren
und bestellen:**



0 26 02 / 96 91



0800 / 100 668

AUSLANDSREISEN

Auch unterwegs immer in Kontakt



Unkontrolliertes Telefonieren und Surfen im Auslandsurlaub kann zu hohen Kosten führen

Foto: clipdealer.de

Ob beruflich oder privat, auch wer im Ausland unterwegs ist, will wie gewohnt in Verbindung bleiben. Ein Tarifcheck vor der Abreise erspart unerfreuliche Abrechnungen und unangenehme Überraschungen nach der Rückkehr.

Telefonieren, simsens oder surfen - wer unterwegs kommuniziert, macht sich um die Kosten meist keine Gedanken. „Man ist in Deutschland an die Flatrate-Nutzung gewöhnt, deshalb vergisst man im Ausland leicht, dass dort ganz andere Tarife gelten“, erklärt Rafaela Möhl, Tarifexpertin beim Verbraucherportal teltarif.de. Wer auch nach dem Überschreiten der Grenze mit der hierzulande üblichen Selbstverständlichkeit zum Smartphone greift, kann also nach wie vor eine böse Überraschung auf der Telefonrechnung erleben. Explodierende Horrorabrechnungen, wie sie in früheren Jahren gerne mal vorgekommen sind, muss man allerdings – der EU sei Dank – zumindest innerhalb des europäischen Auslands nicht mehr befürchten. „Die EU hat die Preisobergrenzen im Sommer 2012 weiter abgesenkt“, erklärt Möhl. Innerhalb der EU dürfen abgehende Anrufe derzeit maximal 34,51 Cent pro Minute kosten, ankommende nicht mehr als 9,52 Cent, SMS 10,71 Cent und Daten nicht mehr als 83,3 Cent pro MB. Ab dem 1. Juli 2013 wird es nochmals günstiger, dann liegen die Obergrenzen für abgehende Gespräche bei 28,59 Cent, für ankommende bei 8,33 Cent pro Minute, für SMS bei 9,52 und für Daten bei 53,55 Cent pro MB.

Vor der Reise beim Anbieter informieren

Normalerweise werden entstehende Kosten automatisch nach der Einreise ins Ausland per SMS angezeigt. Doch Vorsicht! „Es ist zwar vorgeschrieben, dass der Mobilfunkanbieter einen EU-Tarif bereitstellen muss. Dies bedeutet aber nicht, dass dieser in meinem eigenen Tarifpaket enthalten ist“, warnt die Expertin. Es kann also sein, dass die Gebühren für Auslandstelefonate & Co. im individuellen Vertrag anders

voreingestellt sind. Auch wenn die Reise in ein Land außerhalb der EU geht, beispielsweise in die Schweiz, die Türkei oder die USA, gelten die Deckelungen nicht. Dann kann der Anbieter die Preise frei festlegen und dabei auch in die Vollen greifen. „Deshalb sollte man vorher klären, welche Gebühren der Anbieter bei meinem Tarif für das Zielland berechnet“, rät die Expertin.

Vor allem beim mobilen Surfen im Ausland sind die Preise nach wie vor oft ziemlich hoch. Ein Trostpflaster: „Inzwischen wird die Verbindung ins Internet weltweit automatisch gekappt, sobald die Kosten 59,50 € überschreiten, doch diese Grenze ist oft sehr schnell erreicht“, sagt die Expertin. Allerdings kann es trotzdem gelegentlich zu Problemen kommen, wenn ein Anbieter die entsprechenden Informationen aus technischen Gründen nicht schnell genug erhält. Rafaela Möhl empfiehlt deshalb, den Internetzugang des Smartphones vor der Einreise ins Ausland sicherheitshalber grundsätzlich zu deaktivieren. Viele Hintergrunddienste und Apps greifen nämlich automatisch regelmäßig auf das Internet zu und verursachen so ungewollt Kosten.

Viele kleinere Mobilfunkanbieter beschränken sich bei der Auslandstelefonie auf den Standard EU-Tarif plus feste Preise für die außereuropäischen Länder. Die größeren Anbieter dagegen bieten in der Regel mehrere Tarifoptionen für das Ausland an. „Der EU-Tarif ist o.k., wenn man nur gelegentlich telefoniert und nicht ins Internet geht“, sagt Rafaela Möhl. „Ansonsten ist es oft preiswerter, spezielle Auslandstarife hinzubuchen.“

Telefonverhalten bestimmt den Preis

Welche Variante dabei die Günstigste ist, hängt vom individuellen Telefonverhalten ab. Wer immer nur kurz telefoniert, fährt mit einem Tarif ohne Verbindungsgebühr meist besser, auch wenn er einen höheren Minutenpreis beinhaltet. Dauertelefonierer dagegen

sind oft besser bedient, wenn sie die Verbindungsgebühr akzeptieren, weil dann der Minutenpreis günstiger ist. Beim Surfen im Ausland kann man sparen, wenn man ein Datenpaket zum Festpreis hinzubucht, beispielsweise 2,00 Euro für 25 MB innerhalb von 24 Stunden. „Mit solchen Tarifen hat man die volle Kostenkontrolle, allerdings sind sie außerhalb der EU oft sehr teuer“, erklärt die Expertin.

In jedem Fall wird das Telefonieren, Simsen und Surfen im Ausland mit einer deutschen SIM-Karte nach wie vor einzeln abgerechnet. „Die bequemen und praktischen Flats gibt es im Ausland leider noch nicht“, sagt Rafaela Möhl. Wer, beispielsweise aus beruf-

lichen Gründen, sehr viel telefoniert, hat aber Alternativen. „Für extreme Vielnutzer kann es günstiger sein, sich eine ausländische SIM-Karte des Reiselandes zu besorgen“, empfiehlt Möhl.



Rafaela Möhl, Tarifexpertin beim Verbraucherportal teltarif.de

T-mobile

Beim Telefonieren ist standardmäßig der EU-Tarif voreingestellt: Alternativ kann man auf die Option Smart Traveller wechseln. Hier werden pro Anruf 0,75 Euro berechnet, zusätzlich kostet die Minute 0,29 Euro. Das lohnt sich, sobald ein Telefonat länger als 15 Minuten dauert. Ankommende Anrufe kosten bis zur 60. Minute pauschal 0,75 Euro, ab der 61. Minute zusätzlich 0,19 Euro pro Minute. Das ist günstiger als der EU-Tarif, wenn der Anruf mehr als neun Minuten dauert. Vertragskunden können mit Smart Traveller außerdem ihre Inclusive-Minuten nutzen und zusätzliche Minuten hinzubuchen, die in Europa 12,95 Euro für zwei Stunden, für vier Stunden 19,95 Euro kosten. Dies lohnt sich aber nur bei längeren Aufenthalten, da die Vertragslaufzeit für die Zusatzminuten mindestens drei Monate beträgt. Die Kosten für das außereuropäische Ausland liegen deutlich höher.

Zum Surfen bietet T-mobile neben dem EU-Tarif verschiedene Datenpakete an. Dabei zahlen Prepaid Kunden mit dem Day Pass in Europa für 10 MB in 24 Stunden 2,95 Euro, für 50 MB in 24 Stunden 6,95 Euro. Vertragskunden kommen günstiger weg, hier kosten 10 MB 1,95 Euro und 50 MB 4,95 Euro. Auch hier sind die Kosten im außereuropäischen Ausland deutlich höher.

Stand: 9.4.2013, Aktuelle Tarife und Details unter www.t-mobile.de

Base

Der EU-Tarif heißt hier BASE International. Außerdem bietet das Unternehmen verschiedene weitere Tarifoptionen, die alle ähnliche Namen tragen und ziemlich unübersichtlich konzipiert sind. Vorsicht! Die Tarifoption Reisevorteil ist in keinem Reiseland günstiger als andere Tarife des Anbieters, oft sogar teurer. Wer diesen Tarif noch aufgrund früherer Reisen voreingestellt hat, sollte wechseln. Eine Option für Dauertelefonierer, die innerhalb der EU reisen ist der Tarif Reisevorteil plus. Will man auch ins Internet, ist die Tarifoption EU Reise-Paket meist günstiger. Eine Alternative ohne Verbindungskosten und Grundgebühr ist der Tarif BASE TOP Reisevorteil Plus: Hier sind die Minutenpreise günstiger als im aktuellen EU-Tarif. Dieser Tarif lohnt sich, wenn man oft, aber eher kurz telefoniert, viel angerufen wird und kaum oder gar nicht online ist.

Prepaid-Kunden können in den EU-Ländern mit dem Sprach-Paket 50 für 4,99 Euro innerhalb von sieben Tagen 50 Minuten telefonieren, fahren also ab der 15. Gesprächsminute günstiger als mit dem EU-Tarif. Zusätzliche Telefonate werden zum EU-Tarif abgerechnet. Zum Surfen gibt es das Internet-Paket 50 mit 50 MB Inklusivvolumen, das ebenfalls eine Woche läuft und 4,99 Euro kostet. Zusätzliches Datenvolumen wird mit 0,49 Euro pro MB berechnet.

Stand: 9.4.2013, Aktuelle Tarife und Details unter www.base.de

Die dort geltenden Tarife findet man auf der Länder-Website des jeweiligen Anbieters. Auslands-SIM-Karten muss man in der Regel vor Ort erwerben. Folglich kann man auch erst dort den günstigen Tarif buchen. Der Haken an der Sache ist natürlich das Sprachproblem, sowohl bei der Recherche im Internet, als auch in den Telefonläden des Reiselands. Die preiswerteste Alternative zum Telefonieren im Ausland ist nach wie vor Skype, dazu muss man allerdings ins Internet. Allerdings sollte man dabei auf eine aktuelle und effektive Sicherheitssoftware achten, um Hackern keine Chance zu geben.

Silke Becker

O₂

Innerhalb Europas gibt es neben dem EU-Tarif, der hier Weltzontarif heißt, folgende Möglichkeiten: Mit der so genannten Reise-Option zahlt man in Europa 0,75 Euro pro Anruf sowie 0,19 Euro pro Minute, man fährt also ab der sechsten Minute günstiger als mit dem EU-Tarif. Ankommende Anrufe werden bis zur 60. Minute pauschal mit 0,75 Euro berechnet, ab der 61. Minute zusätzlich 0,15 Euro pro Minute. Das ist nach der neunten Gesprächsminute günstiger als der EU-Tarif. Für Vieltelefonierer empfiehlt das Unternehmen den Tarif My Europe Top. Hier wird ein Grundpreis von 5,00 Euro pro Monat berechnet, abgehende Anrufe kosten 0,30 Euro pro Minute, ankommende Anrufe sind für die ersten 200 Minuten im Monat inklusive, danach werden 0,30 Euro pro Minute berechnet. Abgehende Anrufe sind im Vergleich zum EU-Tarif erst nach insgesamt 125 Gesprächsminuten günstiger. Im Vergleich zum hauseigenen Tarif Reise-Option wird es nur dann billiger, wenn man sehr viele sehr kurze Gespräche führt. Insgesamt ist My Europe Top also nur selten günstiger als die anderen Tarife des Anbieters. Für das Surfen in Europa bietet O₂ zwei Optionen: Mit dem Smartphone Day Pack kosten 25 MB Tagesvolumen 1,99 Euro, mit dem Internet Day Pack kosten 100 MB pro Tag 10,00 Euro.

Stand: 9.4.2013, Aktuelle Tarife und Details unter www.o2online.de



Foto: S. Hofschlaeger/ pixelto.de

Der EU-Tarif ist o.k., wenn man nur gelegentlich telefoniert und nicht ins Internet geht

1&1

Standardmäßig gilt für Vertragskunden in EU-Ländern der EU-Tarif, alle anderen Reiseziele werden je nach Zone berechnet. Alternativ kann man zum Telefonieren die 1&1 Reise-Option wählen. Dieser Tarif gilt auch in vielen außereuropäischen Ländern wie Ägypten, Japan, Neuseeland oder der Türkei. Damit kosten abgehende Anrufe 0,75 Euro plus 0,29 Euro pro Minute, das ist bei Gesprächen ab 15 Minuten günstiger als der EU-Tarif. Ankommende Gespräche werden mit einem Festpreis von 0,75 Euro je Gespräch berechnet, ab der 61. Minute kommen 0,20 Euro pro Minute hinzu. Das lohnt sich im Vergleich zum EU-Tarif bei Telefonaten die länger als neun Minuten dauern. Fürs Internet bietet das Unternehmen das 1&1 Surf-Paket Ausland, das für 36 europäische Länder gilt. Für 9,99 Euro kann man 30 Tage lang surfen und mailen und dabei maximal 100 MB verbrauchen. Für Vertragskunden mit dem Tarif 1&1 All-Net-Flat Pro sind monatlich 100 MB im Ausland ohne Aufpreis in der monatlichen Flatrate des Smartphones enthalten.

Stand: 9.4.2013, Aktuelle Tarife und Details unter www.1und1.de

Vodafone

Hier heißt der EU-Tarif **Vodafone World** und ist standardmäßig voreingestellt. Eine Alternative ist der Tarif ReiseVersprechen, der auch in verschiedenen außereuropäischen Ländern wie der Türkei, Ägypten, Japan oder Neuseeland gilt. Damit können Vertragskunden ihre Inklusivminuten auch im Ausland abtelefonieren. Ansonsten kosten Anrufe 0,75 Euro plus 0,29 Euro pro Minute. Das lohnt sich im Vergleich zum EU-Tarif bei Gesprächen, die länger als eine Viertelstunde dauern. Ankommende Anrufe kosten für die erste Stunde mit 0,75 Euro, ab der 61. Minute werden zusätzlich 0,20 Euro pro Minute berechnet, der EU-Tarif ist also ab der neunten Minute teurer. Surfen kostet mit dem ReisePaket Data Europa 2,00 Euro für 24 Stunden mit 25 MB inklusive oder 5,00 Euro für sieben Tage mit 50 MB inklusive. Außereuropäische Länder sind erheblich teurer.

Stand: 9.4.2013, Aktuelle Tarife und Details unter www.vodafone.de



Angriff aus dem Internet

Viele Firmen sind nur unzureichend auf digitale Gefahren vorbereitet. Insbesondere bei kleinen und mittelständischen Betrieben haben Onlinekriminelle oft leichtes Spiel. Mehr als die Hälfte aller Cyberattacken weltweit betreffen deshalb sie, wie aus dem „Internet Security Report“ des Sicherheitsanbieters Symantec hervorgeht. Ein erfolgreicher Hacker-Angriff kann nicht nur für die Unternehmen selbst böse Folge haben, sondern auch für deren Kunden.

Hase-und-Igel-Rennen

Cyberattacken gibt es jeden Tag. Gerade in jüngster Zeit häuften sich die Meldungen, wonach Firmen von Hackern ins Visier genommen wurden. Zu den Opfern gehörten einige prominente Namen. So meldeten neben Facebook und Twitter beispielsweise Apple und

Microsoft, dass Unbekannte ihre Systeme infiltriert hatten. Obwohl die Bedrohungslage immer ernster wird, weist ein großer Teil der Unternehmen nach wie vor starke Defizite in puncto IT-Sicherheit auf. Einer aktuellen Studie der Beratungsfirma Ernst & Young zufolge haben 63 Prozent kein formales Sicherheitskonzept. Befragt wurden branchenübergreifend 1.863 Manager aus 64 Ländern. Acht von zehn bezeichneten die eigenen Schutzvorkehrungen demnach ganz offen als unzureichend. Fast genauso viele räumten eine Zunahme der Angriffe auf ihre Betriebe ein. Trotzdem planen nur wenige, die Abwehrmaßnahmen in nächster Zukunft zu verstärken. Als Hauptargument wird der rasante technologische Wandel angeführt. Heißt im Klartext: Die Firmen kapitulieren, weil der Kampf gegen Internet-Krimina-

lität aus ihrer Sicht ein Hase-und-Igel-Rennen ist, bei dem die Hacker immer raffinierter vorgehen, so dass potentielle Schwachstellen gar nicht schnell genug gestopft werden können.

Professionelle Banden

Die Zeiten, in denen Schadcodes noch überwiegend von gelangweilten Schuljungen, sogenannten Skriptkiddies, programmiert wurden, sind schon lange vorbei. Bei den Angreifern handelt es sich heute in der Regel um professionell organisierte Banden, die quer über den Erdball verstreut sind und ihre Interessen knallhart verfolgen. Nur selten begnügen sich die Hintermänner mit einer Spaßaktion, wie bei der Fastfood-Kette Burger King: Scherzbolde hackten den Twitter-Account des US-Unternehmens, fügten dort das McDonald's-Logo ein und verkündeten zugleich den Verkauf an den Konkurrenten. In den meisten Fällen haben es die Täter auf Geld abgesehen. Lukrativ sind Wirtschaftsspionage und das Ausspähen von Kundendatenbanken oder elektronischen Adressbüchern. Dass es den Tätern gelingt, in die Rechner einer Firma einzudringen, kann die verschiedensten Gründe haben. Mal werden wichtige Software-Updates vergessen, mal unsichere Passwörter genutzt, mal Trojaner oder andere gefährliche Viren über externe Speichermedien wie USB-Sticks ins Netzwerk eingeschleust. Immer öfter setzen die Online-Gauner sogar Designer-Malware ein, die speziell auf ein Unternehmen zugeschnitten ist. Der Faktor Mensch stellt dabei ein hohes Risiko dar. Aktive Aufklärungsarbeit sei deshalb unerlässlich, betont Thomas Plünnecke vom E-Mail-Anbieter GMX. Sein Rat: „Die eigenen Mitarbeiter sollten gezielt für das Thema sensibilisiert werden. Geschehen kann dies etwa in Form von Schulungen, Mailings oder durch Beiträge im Intranet.“

Erpressung gehört zur Tagesordnung

Auch Erpressungsversuche gehören in vielen Branchen inzwischen zur Tagesordnung. Unbekannte drohen damit, die Internet-Präsenz einer Firma lahmzulegen, wenn Summe X nicht bezahlt wird. Dieses Schicksal ereilte unter anderem das Online-Wettbüro mybet.com. Gefordert wurden 15.000 US-Dollar. Zunächst hielt man die Forderung für einen üblen Witz. Dann war es jedoch soweit: Durch eine sogenannte DDoS („Distributed Denial of Service“) Attacke war die Homepage des Wettanbieters für circa 16 Stunden nicht erreichbar. „Die Angreifer haben die Dienste durch eine enorme Anzahl an Anfragen überlastet und schließlich dafür gesorgt, dass der Server

komplett zusammenbricht“, erklärt Plünnecke. Die Cyberkriminellen müssen dabei noch nicht einmal selbst tätig werden. Plünnecke: „Eine solche DDoS-Attacke kann man sich schon für sieben Euro pro Stunde im Netz einkaufen.“ Das Wichtigste im Erpressungsfall ist Ruhe. Natürlich ist das Druckpotential enorm. Wer kann es sich schon erlauben, dass die eigene Firmen-Website möglicherweise tagelang offline ist? Betroffene sollten Strafanzeige erstatten.

Hilfe erhalten Gewerbetreibende auch von Initiative-S. Dieses Angebot richtet sich vor allem an kleine und mittelständische Unternehmen, die aufgrund mangelnder finanzieller oder personeller Ressourcen oft Sicherheitslücken in ihren Internetpräsenzen haben.

Die Initiative-S bietet Firmen einen kostenfreien Website-Check an und vergibt ein Sicherheitssiegel, mit dem diese ihre Homepage versehen können.



Thomas Plünnecke,
IT-Experte,
rät, die eigenen

Mitarbeiter gezielt für das Thema Internet-Sicherheit zu sensibilisieren



TOYOTA

NICHTS IST
UNMÖGLICH

SIEHT VERDAMMT GUT AUS. FÜR IHRE FUHRPARKKOSTEN.

**Toyota fährt in der Klasse der kompakten Kombis voraus:
Der neue Auris Touring Sports. Als Diesel, Benziner oder Hybrid.**

Kraftstoffverbrauch innerorts/außerorts/kombiniert 8,0–3,6/4,9–3,6/5,9–3,7 l/100 km, CO₂-Emissionen kombiniert 139–85 g/km (nach EU-Messverfahren). Abb. zeigt Auris mit Sonderausstattung. **Bestellbar ab 30.06.2013.** Mehr erfahren Sie unter **Tel. 022 34/10221 10** oder **toyota.de/fleet**



Toyota ist erfolgreichste Marke im Auto Bild Qualitätsreport. Mehr in der Ausgabe 50/2012.

Ladevolumen bis zu

1.660 Liter

Kraftstoffverbrauch ab

3,7 l/100 km

REGELUNGSWUT DER EU-KOMMISSION

Eckige Beutel statt Tabakdosen Verbot traditioneller Kulturgüter wie Kau- und Schnupftabak

Interview mit Franz Peter Marx, Hauptgeschäftsführer im Verband der deutschen Rauchtobakindustrie

Rauchtobak sowie Kau- und Schnupftabake sind von einer Vielzahl von Maßnahmen, die die EU-Kommission in ihrem neuen Richtlinienentwurf zur Novelle der EU-Tabakprodukt-Richtlinie vorsieht, massiv betroffen. Wo besonders?

Franz Peter Marx: Dieser Entwurf, den die Europäische Kommission im letzten Dezember vorgelegt hat, ist ein Beispiel dafür, wie versucht wird, eine ganze Branche zu diskriminieren und ein legales Genussgut in der Öffentlichkeit zu diskreditieren. Uns stellt sich mittlerweile die Frage, wo die EU mit ihrem Regulierungsmarathon, wie z. B. bei Glühbirnen, Duschköpfen etc., noch hinwill. Einem Verbot von Tabakerzeugnissen für erwachsene, mündige Konsumenten stellen wir uns jedenfalls entschieden entgegen. Mit dem geplanten Verbot charakteristischer Aromen würden z. B. Kau- und Schnupftabake de facto mit einem Herstellungsverbot belegt, obschon sie mit ihrer Jahrhunderte alten Tradition zum europäischen Kulturerbe gehören. Dies liefe dem viel zitierten Idealbild eines „Europa der Regionen und der Vielfalt“ diametral entgegen.

Welche Folgen hätte die geplante Ausweitung der Warnhinweise auf 75 Prozent der Verpackung?

Marx: Die Einführung von Bildwarnhinweisen auf Feinschnitttabaken ist in ihrer Wirkung auf den Konsum nie wissenschaftlich untersucht worden. Sie ist zudem unverhältnismäßig, überzogen und mittelstandsfeindlich. Neben den beiden Bildwarnhinweisen mit jeweils 75 Prozent der Verpackungsoberfläche sollen bei Feinschnitttabaken noch zwei neue Warnhinweise mit 50 Prozent auf der Innenseite der Öffnungslasche angebracht werden. Mit einer angemessenen und vernünftigen Information erwachsener Konsumenten hat das aus unserer Sicht kaum noch was zu tun.

Wie ist die geplante Einschränkung von Verpackungsformen einzuschätzen?

Marx: Auch bei den Verpackungsformen sehen wir mehr Willkür als eine sinnvolle regulative Maßnahme. Welchen Nutzen hat beispielsweise gesundheitspolitisch das Verbot von Runddosen für Feinschnitttabake? Mit welcher Begründung sollen zukünftig nur noch „rechteckige Beutel“ (= Pouches) zulässig sein, deren „Klappe mind. 70 Prozent der Seite der Packung einnimmt“? Stattdessen plädieren wir dafür, dass das in Deutschland existierende Konsum- und Abgabeverbot von Tabakerzeugnissen an Jugendliche stärker kontrolliert wird.

Wie reagiert denn bisher die Politik auf Ihre Bedenken?

Marx: Seitens der Politik werden im vorliegenden Richtlinienentwurf insbesondere für klein- und mittelständische Unternehmen unverhältnismäßig hohe bürokratische Hürden bis hin zur Existenzgefährdung gesehen. Zudem hätte die Vielzahl an „Delegierten Rechtsakten“, mit denen sich die EU-Kommission weitere Regelungsbefugnisse zuschreiben will, massive Fol-

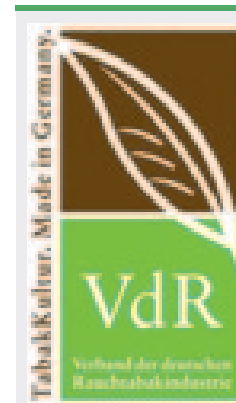


VdR-Hauptgeschäftsführer **Franz Peter Marx**

gen für die im Lissabon-Vertrag festgelegte Gewaltenteilung auf EU-Ebene. Letztlich würden damit das Europäische Parlament wie auch die nationalen Parlamente in der Ausführung ihres Wählerauftrages massiv eingeschränkt.

Und wie geht es weiter?

Marx: Nachdem die Europäische Kommission im Januar 2013 den 27 Mitgliedstaaten den Richtlinienentwurf zugeleitet hat, finden in diesen Tagen die entsprechenden Beratungen in den Fachausschüssen auf Bundestageebene statt. Der Bundesrat hat in seiner Stellungnahme vom 22. März bereits auf eine stärkere Prüfung der Belange von klein- und mittelständischen Unternehmen hingewiesen. Wir hoffen, dass die validen Argumente und das Fachwissen unserer mittelständischen Mitgliedsfirmen in den weiteren Beratungen in den nationalen wie europäischen Gremien ihren Niederschlag finden werden, um eine EU-weite Überregulierung zu stoppen. Mit einer Finalisierung der Richtlinie wird nicht vor 2014 gerechnet.



Der Verband der deutschen Rauchtobakindustrie e.V. (VdR) - Gründung 1920 in Bamberg, seit 1954 Sitz in Bonn

Im VdR haben sich 17 überwiegend mittelständisch strukturierte Hersteller und/oder EU-Distributoren und Importeure von Feinschnitt, Pfeifentabak, Kau- und Schnupftabak, Zigarren und Zigarillos zusammengeschlossen.

Der VdR vertritt die Interessen seiner Mitgliedsfirmen auf nationaler und internationaler Ebene gegenüber der Öffentlichkeit, den Regierungen und den politischen Parteien, den Behörden und den Institutionen der Europäischen Union.

Info: www.verband-rauchtobak.de

NAMIBIA

Luxus der Weite

So manches ist Ihnen in Namibia vertraut – „Guten Tag“ als Begrüßung oder Cafés mit Schwarzwälderkirchentorte – vieles dagegen aufregend fremd: Das Gebrüll einer jagenden Löwin, die Geräusche der afrikanischen Nacht oder die Kultur der Himba im Kaokoveld. Dazu Landschaften von überirdischer Schönheit und einer Farbpalette von Ockergelb bis Zinnoberrot. Tage voller bewundernder Ahs und Ohs.



1. Tag: Flug nach Afrika

Individuelle Rail&Fly-Bahnanreise (im Reisepreis enthalten) von jedem deutschen Bahnhof zum Flughafen nach Frankfurt am Main oder München. Abends Linienflug mit SAA nonstop ins südliche Afrika (Flugdauer ca. 10,5 Stunden).

2. Tag: Willkommen in Namibia!

Morgens Landung in Johannesburg und im direkten Anschluss Weiterflug mit SAA nach Windhuk in Namibia (Flugdauer ca. 2 Stunden). Gleich nach Ankunft geht es rein ins Land. Über das Khomashochland und den Gamsbergpass hinunter gelangen Sie in die Namibwüste. Bis zum ersten gemeinsamen Abendessen bleibt noch Zeit zum Akklimatisieren oder für einen ersten Sprung in den Pool der Lodge.

3. Tag: Dünen, Dünen, Dünen

Ein Highlight im wahrsten Sinn des Wortes erwartet Sie heute. Stolz türmt sich der rote Sand am Rande von Sossusvlei vor Ihnen auf – bis zu einer Höhe von 300 Meter. Hier finden Sie die höchsten Dünen der Welt. Also rein in den Sand und rauf auf den Gipfel! Auch wenn das Vorwärtkommen im weichen Untergrund kein Zuckerschlecken ist: Das Panorama ist jede Mühe wert. Zur Belohnung gibt's ein Picknick – eine notwendige Stärkung. Denn es geht auf eine kurze Wanderung durch den Sesriem-Canyon. Nach einem erholsamen Nachmittag am Pool brechen Sie am frühen Abend zu einer Dämmerungsfahrt zu den versteinerten Dünen auf und sind rechtzeitig zum Abendessen wieder in Ihrer Lodge.

4. Tag: Wundersame Welwitschia

Proviantstopp in Solitaire: Bäcker Moose McGregor trotz hier der Einsamkeit und backt den vielleicht besten Apfelkuchen Afrikas ... Es folgt die Durchquerung des Kuiseb-Canyons und des Namib-Naukluft-Parks. Nach einem Halt in der Mondlandschaft aus Fels und Geröll weiter in die Welwitschia-Ebene mit ihren seltsamen Pflanzen. Nachmittags Ankunft in Swakopmund. Am liebsten würde man sich den Fahrtstaub gleich im Atlantik abspülen – aber Achtung: die Wassertemperatur ist nur etwas für Hartgesottene.

5. Tag: Entdeckertag

Ganztags Freizeit in Namibias beliebtestem Ferienort. Oder Sie unternehmen vormittags einen Ausflug (gegen Mehrpreis) nach Walvis Bay, wichtigster Exporthafen und Ausgangspunkt für Ihre Bootstour. Trotz den Wellen und Atlantikbrise bei Sekt und Austern: Beobachten Sie Delfine, Robben und Tausende von Seevögeln. Nachmittags können Sie in Swakopmund selbst auf Tour gehen. Hier lässt Kaiser Wilhelm noch grüßen: Hohenzollern-Haus, Woermann-Haus, evangelisch-lutherische Kirche ...

6. Tag: Szenenwechsel

Vormittags am Cape Cross – mehr als 80 000 Robben veranstalten hier ein Riesenspektakel. Vorbei an Namibias höchstem Berg, dem Brandberg, gelangen Sie dann ins karge Damaraland zu Ihrer Lodge. Augen auf und scharf stellen: mit offenen Geländewagen machen Sie sich am Nachmittag auf die Suche nach den berühmten Wüstenelefanten.

7. Tag: Kunst im Fels

Damaraland ist raues, ungezähmtes Geologenterrain: Millionen Jahre alte versteinerte Bäume, Felsen wie Orgelpfeifen. Dazwischen die steinzeitlichen Felszeichnungen von Twyelffontein – mit mehr als 2500 Steingravuren und Malereien eine Open-air-Kunstaustellung vom Feinsten.

MARCO POLO LIVE

Zusammen mit den Buschleuten gelten die Damara als die Ureinwohner Namibias. Im „Living Museum“ blicken Sie hinter die Kulissen: wie werden Waffen und Handwerkszeug geschmiedet, Schmuck hergestellt, was hat es mit dem Heiligen Feuer auf sich. Traditionelle Tänze, Gesänge und Spiele werden Sie beeindrucken. Dann heißt es weiterziehen gen Norden ins Kaokoveld, Heimat der Himbas.

8. Tag: Zu Gast bei den Himbas

Besuch in einem Himba-Dorf. Hier erfahren Sie mehr über das Volk, dessen Frauen sich die Haut ockerrrot färben und deren Haar mit Ziegenfett gehärtet wird. Nachmittags Freizeit in der Lodge mit tollem Blick auf die raue Landschaft und endlich Zeit die mitgebrachte Lektüre auszupacken. Vielleicht ist ja auch „Hummeldumm“ von Erfolgsautor Tommy Jaud darunter!

9. Tag: Die Kinder von Otjikondo

Immer entlang der westlichen Grenze des Etoscha Parks fahren Sie über Kamanjab nach Otjikondo. Hier werden Sie schon freudig erwartet! Mit großen Augen und lautem Gekicher empfangen Sie die Schüler des Otjikondo Schuldorfes. Ein Mitarbeiter der Schule führt

sie herum, beantwortet alle Fragen und ein paar der Kinder haben sich auch schon etwas für Sie überlegt. Am Nachmittag erreichen Sie vor den südlichen Toren des Etoscha Nationalparks Ihre Lodge.

10. Tag: Safari-Time!

Safari-Feeling! Mit offenen Geländefahrzeugen geht es den ganzen Tag auf Pirsch. Augen offen halten – denn Kudus, Springböcke und Zebras sind fast sicher, und es ist gut möglich, dass Sie auch Elefanten, Giraffen oder Löwen vors Objektiv kriegen. Vor dem Sonnenuntergang verlassen Sie den Park durch das Von-Lindequist-Gate und fahren in die nahegelegene Lodge. Echt afrikanisch klingt der Tag in der Boma aus.

11. Tag: Minenstädtchen Tsumeb

Fahrt vorbei am Otjikotosee, entstanden durch den Einbruch einer gewaltigen Dolomithöhle, nach Tsumeb. Das kleine Museum fasst die Vergangenheit der Minenstadt zusammen. Tagesziel ist Erindi – das größte private Wildreservat Namibias. Mit einem Begrüßungsdrink auf der Terrasse können Sie den Hippos beim Baden zusehen. Nachmittags Pirschfahrt in offenen Geländewagen.

12. Tag: Minenstädtchen Tsumeb

Zurück nach Windhuk – die Straße geht fast immer geradeaus. Unterwegs Stopp in Okahandja, einst Zentrum der Herero. Sie stehen an den Gräbern der Stammeshäuptlinge und lauschen den Erzählungen über deren Schicksal. Dann schließt sich die Reise und Sie erreichen wieder die Hauptstadt. Abends gibt es dann ein letztes Mal Kudusteamer oder Elenantilope, dazu einen guten Roten oder ein Bier, natürlich gebraut nach Deutschem Reinheitsgebot.

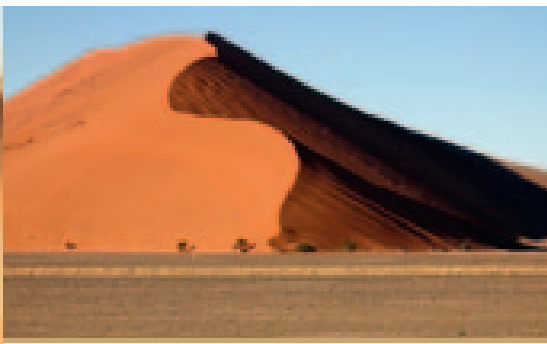
13. Tag: Die Hauptstadt Windhuk

Citytour über die Independence Avenue (ehemals Kaiserstraße) zur Christuskirche, Reiterdenkmal und Tintenpalast – alles Relikte aus der deutschen Kolonialzeit. Schnell stellen Sie fest: Windhuk ist anders als andere afrikanische Städte – keine Staus, keine Hupkonzerte, alles sauber und idyllisch. Fachwerkhäuser und Biergärten säumen die Straßen, dazu gesellen sich moderne Hochhäuser, Banken und Einkaufszentren. Danach Transfer zum Flughafen und am frühen Nachmittag Rückflug mit SAA nach Johannesburg und abends im direkten Anschluss weiter mit SAA nonstop nach Deutschland (Flugdauer ca. 10,5 Stunden).

14. Tag: Zurück in der Heimat

Am frühen Morgen Ankunft in Frankfurt am Main oder München. Individuelle Weiterreise zu den Ausgangsorten.





Flug

Im Reisepreis enthalten ist der Flug mit SAA/South African Airways ab/bis: Frankfurt am Main, München

Reisepapiere und Gesundheit

Deutsche Staatsbürger benötigen einen Reisepass, der noch mindestens sechs Monate über das Reiseende hinaus gültig sein muss und noch mindestens zwei freie Seiten für Ein- und Ausreisestempel enthält. Impfungen sind nicht vorgeschrieben – jeder Teilnehmer erhält mit der Reisebestätigung ausführliche Hinweise zur Gesundheitsvorsorge.

Klima

Durchschnittliche Höchsttemperaturen in °C:

	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
Windhuk	22	26	27	28	30
Swakopmund	16	16	15	17	19
Etoscha	25	29	30	30	31

Beste Reisezeit ist von Mai bis November – tagsüber ist es sommerlich warm, nachts kühlt es stark ab. Im Etoschapark sammelt sich dann das Wild an den Wasserstellen.

Hotels

Ort	Nächte	Hotel	Änderungen vorbehalten	
			Landeskategorie	
Namibwüste	2	Namib Desert Lodge	***	
Swakopmund	2	Eberwein	***	
Twyfelfontein	1	Twyfelfontein Lodge	***	
Opuwo	2	Opuwo Country Lodge	***	
Etoscha	1	Etoscha Safari Lodge	***	
Etoscha	1	Mokuti Lodge	****	
Erindi	1	Erindi Game Ranch	****	
Windhuk	1	Safari Court	****	

14 Reisetage ab € 3245,-

- Das rote Wunder von Sossusvlei
- Kleine Reisegruppe
- Bei den Himbas in Opuwo
- Auf Pirsch im Etoscha-Nationalpark
- Linienflüge mit South African Airways

Reisepreis in Euro pro Person

14 Reisetage Termine 2013	DZ	EZ-Zuschlag
08.08. – 21.08.2013	3.295	295
06.09. – 19.09.2013	3.245	295
20.09. – 03.10.2013	3.295	295
29.09. – 12.10.2013	3.495	295
01.10. – 14.10.2013	3.445	295
11.10. – 24.10.2013	3.495	295
18.10. – 31.10.2013	3.495	295
25.10. – 07.11.2013	3.495	295
01.11. – 14.11.2013	3.395	335
20.12. – 02.01.2014	3.695	345

Mindestteilnehmerzahl

Mindestteilnehmerzahl: 18 Personen
Höchstteilnehmerzahl: 25 Personen

Sollte die Mindestteilnehmerzahl nicht erreicht werden, kann der Veranstalter bis spätestens am 21. Tag vor Reisebeginn vom Reisevertrag zurücktreten (Näheres siehe Reisebedingungen).

Zahlung / Sicherungsschein

Zahlungen sind nur bei Vorliegen des Sicherungsscheines (wird mit der Reisebestätigung versandt) im Sinne des § 651 k Abs. 3 BGB fällig. Bei Vertragsschluss wird eine Anzahlung von 20 Prozent des Reisepreises, maximal jedoch € 1000,- pro Person, fällig. Der restliche Reisepreis wird am 20. Tag vor Reiseantritt bzw. spätestens bei Erhalt der Reiseunterlagen fällig.

Reiseversicherungen

Im Reisepreis sind keine Reiseversicherungen enthalten. Wir empfehlen jedem Teilnehmer den Abschluss eines „RundumSorglos-Schutzes“ (Stornokosten-, Reiseabbruch-, Reisegepäck- und Reisekranken-Versicherung, RundumSorglos-Service) der ERV/Europäische Reiseversicherung AG. Die Prämie pro Person ist abhängig vom Reisepreis und beträgt z. B. € 166,- (bei Reisepreis bis € 3500,-), € 199,- (bei Reisepreis bis € 4000,-) oder 5,5 Prozent vom Reisepreis (bei Reisepreis ab € 4000,- bis € 10000,-).

Im Reisepreis enthalten

- Linienflug mit SAA von Frankfurt am Main oder München über Johannesburg nach Windhuk und zurück in der Economy-Class
- 11 Übernachtungen mit Frühstücksbuffet in guten Mittelklassehotels und Lodges
- Unterbringung in Doppelzimmern mit Bad oder Dusche und WC
- Verpflegungsleistungen: 11 x Frühstücksbuffet, 1 x Mittagessen und 9 x Abendessen
- Transfers, Stadtrundfahrten und Rundreise in landesüblichem Reisebus
- Safarifahrten in geländegängigen Fahrzeugen
- Deutsch sprechende Marco Polo-Reiseleitung in Namibia (Driver-Guide)

Und außerdem inklusive

- „Rail & Fly inclusive“ zum/vom Abflugort Frankfurt am Main oder München in der 2. Klasse von jedem Bahnhof in Deutschland
- Picknick in Sossusvlei
- Eintrittsgelder und Nationalparkgebühren (ca. € 53,-)
- Flughafensteuern, Lande- und Sicherheitsgebühren (€ 360,-)
- Reiseunterlagen mit einem Reiseführer pro Buchung
- Klimaneutrale Geländewagen-, Bus-, Bahn- und Bootsfahrten durch CO₂-Kompensation

Zusätzlich buchbare Extras

- Ausflug „Walvis Bay“ € 59,-
- SAA-Flüge in der Business-Class € 2495,-

Veranstalter und Reisebedingungen

Veranstalter dieser Reise ist die Marco Polo Reisen GmbH, Riesstr. 25, 80992 München. Die GK MittelstandsMagazin Verlag GmbH tritt lediglich als Vermittler auf. Die Reisebedingungen des Veranstalters sind im Internet unter www.agb-mp.com druck- und speicherfähig abrufbar.



ANMELDUNG / RESERVIERUNG

MittelstandsMagazin-Leserreise NAMIBIA

Name, Vorname

Geburtsdatum

Telefon tagsüber (mit Vorwahl)

Straße/Hausnummer

PLZ/Wohnort

Name, Vorname, Geburtsdatum Mitreisende(r)

Gewünschtes bitte eintragen bzw. ankreuzen

Reisetermin:

Doppelzimmer Einzelzimmer ½ Doppelzimmer

Flug ab/bis:

Ausflug „Walvis Bay“

Zuschlag für SAA-Flüge in der Business-Class

RundumSorglos-Schutz (Reiseversicherung)

Ich melde mich und die aufgeführten Personen **verbindlich** an – die Reisebedingungen liegen mir/uns vor.

Oder

Ich bitte um Reservierung der Leistungen und Übersendung der Reisebedingungen vor Vertragsschluss.

Ort, Datum/Unterschrift

SCHÄDEN BEI AUFTRAGSARBEITEN

Wer haftet, wenn etwas zu Bruch geht?

Geht bei Handwerkerleistungen etwas zu Bruch, muss es ersetzt werden. Doch nicht immer ist auf den ersten Blick klar, wer für den Schaden aufkommt: Und gerade dann, wenn mehr als nur eine Person an der Erfüllung eines Auftrags beteiligt ist, muss der Verursacher nicht zwingend der Haftende sein. Wer bei Handwerksarbeiten für Schäden gerade stehen muss, erklärt die D.A.S. Rechtsschutzversicherung.



Foto: BilderBox

Geht bei Handwerkerleistungen etwas zu Bruch, muss es ersetzt werden

Verschuldens ab. Für den Umfang der Arbeitnehmerhaftung unterscheidet man zwischen leichter, mittlerer und grober Fahrlässigkeit. Leichte Fahrlässigkeit liegt etwa vor, wenn der Lehrling versehentlich etwas Farbe auf den antiken Schreibtisch tropfen lässt. In derartigen Fällen haftet der Arbeitnehmer nicht.

Anders sieht es aus, wenn der Mitarbeiter die gebotene Sorgfalt außer Acht lässt, obwohl vorhersehbar ist, dass unter Umständen etwas passieren kann. Bohrt er beispielsweise eine Wand an, in der Stromleitungen laufen

und beschädigt diese, kann er wegen mittlerer Fahrlässigkeit in Teilhaftung genommen werden. In welchem Verhältnis dabei die Aufteilung der Kosten erfolgt, hängt von mehreren Faktoren ab. Darüber hinaus ist die sogenannte Gefährlichkeit der Tätigkeit zu klären, also das Risiko, welches die Arbeit mit sich bringt. Denn wer beispielsweise in großer Höhe auf einem Gerüst oder Dach arbeitet, hat mehr Möglichkeiten, Schäden anzurichten, als bei einem Schreibtischjob. Hat der Arbeitgeber es unterlassen, das Risiko etwa durch eine Betriebshaftpflichtversicherung abzudecken, dann muss der Arbeitnehmer im Schadensfall nur für die fiktive Selbstbeteiligung einstehen.

Grob fahrlässig verhält sich dagegen, wer seine Sorgfaltspflicht in ungewöhnlich hohem Maß vernachlässigt. Verursacht zum Beispiel der Handwerker auf dem Weg zum Kunden angetrunken einen Unfall mit dem Dienstwagen, muss er für den Schaden allein aufkommen. Allerdings sieht die Rechtsprechung Höchstgrenzen für den finanziellen Schadenersatz vor, um den Angestellten nicht zu ruinieren.

Info: www.das.de/rechtsportal

Nebenpflichten einhalten

Ein heruntergefallener Hammer lässt die neuen Küchenfliesen springen, ein LötKolben brennt Löcher ins Parkett oder eine Waschmaschine verursacht nach der Reparatur einen Wasserschaden – gerade für Handwerksbetriebe ist diese Situation keine Seltenheit: Trotz einer sorgfältigen Arbeitsweise geschieht ein Unglück. „Besonders, wenn es um hohe Schadenssummen geht, kann es daraufhin zu Konflikten zwischen Auftraggeber und Unternehmer kommen“, warnt Anne Kronzucker, Juristin der D.A.S. Rechtsschutzversicherung. Ist ein Mitarbeiter für das Missgeschick verantwortlich, ist zwischen ihm und dem Chef ebenfalls eine Auseinandersetzung vorprogrammiert, denn meist ist es der Unternehmer, der für den Schaden gerade stehen muss. Als Auftragnehmer ist er durch die Bestimmungen des Werkvertrags verpflichtet, die Leistung im vereinbarten Umfang zu erbringen. Doch auch sogenannte Nebenpflichten, die zur Rücksicht auf die Rechtsgüter und Interessen des Auftraggebers verpflichten – etwa der pflegliche Umgang mit dem Parkett – obliegen dem Handwerker.

Wer haftet bei Schäden?

Die Expertin erläutert die Rechtslage: „Ein Unternehmer haftet nach § 278 des Bürgerlichen Gesetzbuchs (BGB) gegenüber dem Kunden auch für Schäden, die von seinen Mitarbeitern oder anderen von ihm beauftragten Personen bei der Ausführung des Auftrags verursacht werden.“ Schlägt ein Lehrling beispielsweise beim Austausch einer Regenrinne ein Fenster des Kunden ein, richtet sich der Kunde mit seinen Ersatzansprüchen an den Unternehmer, dem er den Auftrag zur Durchführung der Arbeiten erteilt hat. Dieser muss den Schaden bezahlen. Auch bei der Beauftragung eines Subunternehmers muss der Auftragnehmer als Generalunternehmer und Vertragspartner für den Schaden des Kunden einstehen.

Schaden ist nicht gleich Schaden

Jedoch kann der Unternehmer prüfen, ob ihm der Schuldverursacher einen Teil des Schadens seinerseits ersetzen muss. Ob bzw. inwieweit der betreffende Mitarbeiter zur Verantwortung gezogen werden kann, hängt hierbei vom Grad des



Das neue Flaggschiff der PIXMA-Serie von Canon, der MX925. Es kann auch CDs, DVDs oder Blu-ray-Disks bedrucken

Foto: Canon

einen optionalen XXL-Schwarzintertank gibt, mit dem bis zu 1.000 DIN A4-Seiten (gemäß ISO/IEC 24711) gedruckt werden können, ohne dass der Tank ersetzt werden muss.

Software – anspruchsvoll und modern

Neu bei den PIXMA MX Home Office Systemen ist die Canon Software My Image Garden für die mühelose Navigation zwischen Druck- und Scanfunktionen. My Image Garden ist als zentrale Plattform konzipiert und verknüpft die für Canon PIXMA Systeme verfügbaren Software-Module miteinander in einer einzigen, praktischen und einfachen Schnittstelle. My Image Garden hat zudem viele hilfreiche Funktionen, die den Büroablauf unterstützen. Zu den leistungsstarken neuen Features gehören moderne Scan-to-Cloud-Funktionen, mit denen Scans direkt in Cloud-Services wie DropBox und Evernote transferiert werden können.

VIER NEUE FAX-ALLROUNDER FÜR DAS HOME OFFICE

Canon aktualisiert mit seinen vier neuen Pixma Multifunktionssystemen MX395, MX455, MX525 und MX925 sein Portfolio für das Home Office. Alle vier neuen Fax-Allrounder sind mit Druck-, Kopie-, Scan-, und Faxfunktion sowie automatischem Dokumenteneinzug und leistungsstarker, anspruchsvoller Software eine Empfehlung für noch mehr Produktivität in der modernen Home Office Umgebung. Das neue Flaggschiff MX925 bietet hierfür eine umfangreiche Palette an nützlichen Funktionen: 250 Blatt Papierkassette, zusätzlich CD/DVD-Druck, optionale XL-Tinten und sogar eine XXL-Schwarztoner für bis zu 1.000 Seiten. Die Multifunktionssysteme sind zum Preis von 79 Euro, 99 Euro, 119 Euro und 199 Euro erhältlich (unverbindliche Preisempfehlung des Herstellers).

Leistung – innovativ und produktiv

Optimierte Hardwaredetails stehen im PIXMA MX925 für pure Produktivität: Das Multifunktionssystem hat vorne zwei staubgeschützte Papierkassetten mit einer Kapazität für bis zu 250 Blatt Normalpapier (untere Kassette) beziehungsweise bis zu 20 Blatt Fotopapier im Format 10 x 15 oder 13 x 18 cm (obere Kassette). Damit bietet der Premium-Allrounder eine größere Flexibilität im Medienhandling beim Druck von Fotos und Office-Dokumenten - ideale Bedingungen bei umfangreichen Druckaufträgen. Im Vergleich zum Vorgängermodell ist die Druckgeschwindigkeit des PIXMA MX925 mit 10 Farb- beziehungsweise 15 Schwarzweiß-ISO-

Seiten (ESAT) pro Minute deutlich gesteigert. Zudem können kompatible CDs, DVDs und Blu-rays bedruckt werden.

Das Scannen, Faxen und Kopieren umfangreicher Vorlagen sind beim MX925 eine schnelle und einfache Angelegenheit. Das Gerät ermöglicht den automatischen beidseitigen Druck, der nicht nur papiersparend ist, sondern auch für professionell aussehende Dokumente sorgt. Das Modell hat zudem ein großes TFT-Farb-Display mit direktem Zugang zu Cloud-Funktionen. Das bifunktionale Bedienfeld erleichtert über zweifach belegte LED-Tasten am System jeden Druck-, Kopier-, Scan- und Faxvorgang.

Für alle Modelle gibt es im Handel optional kostengünstige XL-Tinten mit hoher Kapazität – so druckt man ohne Qualitätseinbußen mehr für weniger Geld. Das Single Ink System PIXMA MX925 mit fünf separaten Tinten ist zudem das erste Canon Tintenstrahlensystem, für das es

Verbindungen – praktisch und zeitgemäß

PIXMA MX455, MX525 und MX925 bieten umfangreiche Möglichkeiten für beste Verbindungen, darunter die Unterstützung für den Druck vom kompatiblen Smartphone und Tablet über die Canon Easy-PhotoPrint App für Android, iOS und Windows RT. Ideal für zu Hause und kleine Büros: Per integrierter WLAN-Schnittstelle können die Systeme ganz einfach in ein kompatibles WLAN-Netzwerk eingebunden und von mehreren Teilnehmern im Netzwerk genutzt werden. MX525 und MX925 unterstützen PIXMA Cloud Link, mit dem der Druck von Google Docs oder E-Mail Anhängen (JPG- oder PDF-Dateien) kabellos via Google Cloud Print über das Internet möglich ist. PIXMA Cloud Link bietet zudem den direkten Zugang zu Online Fotoalben und nützlichen Druckvorlagen im Internet wie beispielsweise Kalender und Briefpapier.



Foto: Canon

Der MX525 und MX 925 unterstützen den Druck vom kompatiblen Smartphone und Tablet über die Canon Easy-PhotoPrint App für Android, iOS und Windows RT



Mehr Auswahlmöglichkeiten bieten sich den Kunden ab sofort bei der Gestaltung des Innenraums

LEXUS RX 450

Mit drei Motoren auf 299 PS

Zahlreiche Modifikationen werten das neue Premium-SUV des Toyota-Ablegers auf, das mit seinem Vollhybridantrieb eine Vorreiterrolle in seiner Fahrzeugklasse übernommen hat. Erstmals bietet Lexus den RX auch in der optisch wie technisch besonders dynamisch ausgelegten Ausstattungsvariante F Sport an.

Markanteste Neuheit ist die Gestaltung der Fahrzeugfront, als deren charakteristisches Merkmal der neue Diabolo-Kühlergrill fungiert und den vorderen Stoßfänger überspannt. Integrierte LED-Tagfahrleuchten mit dem klassischen Pfeilspitzenmotiv setzen weitere unverwechselbare Akzente. Neue Rückleuchten, Karosseriefarben und 19-Zoll-Räder für die F Sport Variante komplettieren die Modifikationen am Exterieur.

Mehr Auswahlmöglichkeiten bieten sich den Kunden ab sofort bei der Gestaltung des Innenraums. Neue Farbkombinationen und Holz-Applikationen schaffen zusätzlichen Raum zur Individualisierung. Neu gestaltet wurden zudem das Lenkrad und das Kombinationsinstrument mit neuer Hybridanzeige im RX 450h. Darüber

hinaus verfügt das Premium-SUV über die zweite Generation des Lexus „Remote Touch“ Bediensystems, das wie eine Computer-Maus funktioniert und jetzt noch leichter zu bedienen ist.

Als Topmodell der Baureihe verfügt der RX 450h über einen Vollhybridantrieb, der aus zwei Elektromotoren und einem 183 kW/249 PS starken V6-Benzinmotor besteht und eine Systemleistung von 220 kW/299 PS entwickelt. Dank des hocheffizienten Antriebsstrangs beläuft sich der Durchschnittsverbrauch des Hybrid-SUV auf nur 6,3 Liter je 100 Kilometer bei CO₂-Emissionen von 145 g/km. Neu ist der „Sport“-Modus des stufenlosen Hybridgetriebes E-CVT, der eine dynamischere Fahrweise erlaubt. Zudem stehen die Modi „Eco“ für eine besonders sparsame Fortbewegung, der „EV“-Modus für rein elektrisches Fahren für bis zu zwei Kilometer sowie der Modus „Normal“ zur Verfügung.

Trotz der umfangreichen Aufwertung beginnen die Preise für den Lexus RX 450h unverändert bei 59.950 Euro. Der RX 450h F Sport ist ab 73.550 Euro erhältlich.

Günter Kohl

Ab Mai 2013 ist der Volvo V40 mit einem neuen 1,6-Liter-Vierzylinder-Benzinmotor verfügbar, der 120 PS (88 kW) leistet und zum Preis von 22.550 Euro auf den Markt kommt. Gleichzeitig profitiert auch der zu Jahresbeginn eingeführte Volvo V40 Cross Country von einer Angebots-erweiterung: Zukünftig bildet er mit 180 PS (132 kW) den Einstieg in die Allradpalette des dynamisch-robusten Kompaktfahrzeugs und wird zu Preisen ab 31.580 Euro angeboten. Darüber hinaus machen die verbesserten Verbrauchs- und Emissionswerte des D2 Aggregats, das dann auch mit einem Automatikgetriebe kombiniert werden kann, den sportlichen Premium-Kompaktwagen zum Modelljahr 2014 noch attraktiver.

Die neue Basismotorisierung im Volvo V40 T2 bietet einen preislich besonders attraktiven Einstieg in die kompakte Baureihe, die Volvo im Herbst 2012 mit großem Erfolg in Deutschland eingeführt hat. Der neue Benzin-Direkteinspritzer entwickelt eine Leistung von 120 PS (88 kW). Der Durchschnittsverbrauch beträgt lediglich 5,3 Liter je 100 Kilometer bei CO₂-Emissionen von 124 g/km. Zudem ist es Volvo gelungen, die Verbrauchs- und Emissionswerte des Volvo V40 D2 zum neuen

Volkswagen bietet Sonderkonditionen für Selbstständige

Volkswagen Nutzfahrzeuge bietet für alle seiner vier Modellreihen – Caddy, Transporter, Amarok und Crafter – interessante Angebote für Gewerbetreibende, Handwerksbetriebe und Innungsmitglieder. Neben günstigen Leasingraten trägt zur Reduzierung der Unterhaltskosten auch eine Wartungs- und Verschleiß-Aktion von CarePort bei.

Jedes Modell kann ganz auf die individuellen Bedürfnisse abgestimmt und für die branchenüblichen Anforderungen ausgestattet werden – egal, ob es sich um den „HandwerksCaddy“, den „Handwerks-

VOLVO V40 Limousine mit Allrad-Variante



Was der Volvo V40 an Sparsamkeit und technischen Feinheiten bietet, ist erstaunlich und macht der chinesischen Marke aus Schweden alle Ehre

Modelljahr erneut zu senken und damit die führende Rolle der schwedischen Marke auf dem Gebiet der Kraftstoffeffizienz zu unterstreichen, was wir nach unseren Testfahrten eindrucksvoll bestätigt fanden.

So verbraucht der 1,6 Liter große Common-Rail-Vierzylinder-Dieselmotor in Verbindung mit dem manuellen Sechs-

gang-Getriebe nur noch 3,4 Liter je 100 Kilometer. Dies entspricht einem CO₂-Ausstoß von 88 g/km. Alternativ zum Schaltgetriebe kann der Einstiegsdiesel ab Mai mit einem Powershift-Doppelkupplungsgetriebe kombiniert werden.

Erweitert wird darüber hinaus das Angebot an Allradvarianten für den Volvo V40 Cross Country. Neben dem T5

AWD ist zum neuen Modelljahr auch der 180 PS (132 kW) starke 2,0-Liter-Fünfzylinder-Benziner T4 als AWD-Version verfügbar. Das elektronisch gesteuerte Allradsystem verteilt die Motorleistung je nach Fahrsituation variabel an beide Achsen und erfüllt damit auf jedem Untergrund höchste Ansprüche an Traktion und Fahrstabilität.

Günter Kohl

Transporter“, den „HandwerksCrafter“ oder den „HandwerksAmarok“ handelt.

Neben den günstigen Preisen sind für alle Modelle weitere interessante Ausstattungspakete erhältlich. Die monatlichen Leasing-Raten für die Profi-Modelle beginnen bei 129 Euro für den Caddy. Zur Reduzierung der Unterhaltskosten trägt die Wartungs- und Verschleiß-Aktion von Careport bei, die ab 18 Euro monatlich erhältlich ist.

Volkswagen Nutzfahrzeuge hat zudem mit elf Branchenverbänden in Deutschland auf Bundesebene Abkommen geschlossen. Innungsmitglieder, deren Mitgliedsverbände dem jeweiligen Dachverband angehören, können somit exklusive Sonderkonditionen für die Handwerksfamilie in Anspruch nehmen. Der Käufer erhält neben dem Preisvorteil seines Aktionsmodells ein Wertguthaben, das er beim Volkswagen

Autohaus für Werkstattleistungen, Zubehör oder weitere Serviceleistungen einlösen kann.



Weitergehende Informationen finden interessierte Gewerbetreibende unter www.volkswagen-nutzfahrzeuge.de.

Die Aktion läuft seit dem 14. Januar und endet am 30. Juni 2013.

BÜCHER ►

**Soziale Marktwirtschaft**

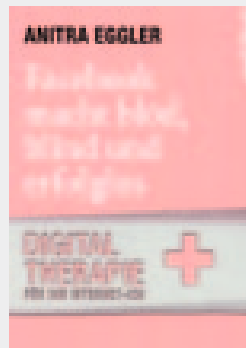
Walter Wittmann
Geb., 224 S., 21,95 Euro
ISBN 978-3-280-05485-7
Orell Füssli Verlag

Anhand verschiedener Entwicklungsstadien zeigt der Autor auf, wie es zu unserer derzeitigen Dauerkrise und zur Mutation in einen Wohlfahrtsstaat kommen konnte. Er bringt es immer wieder auf den Punkt, welche Maßnahmen die Politik ergreifen muss, damit die wahre Soziale Marktwirtschaft endlich realisiert werden kann und unser Gemeinwesen eine Überlebenschance hat.

**Vollbeschäftigt**

Karl-Heinz Paqué
Geb., 269 S., 19,90 Euro
ISBN 978-3-446-43211-6
Carl Hanser Verlag

Die Finanz- und Wirtschaftskrise führte in Deutschland zum stärksten Einbruch der Produktion seit der Weltwirtschaftskrise 1930-32. Doch gleichzeitig war der Einbruch auf dem Arbeitsmarkt weit schwächer und kürzer, als alle Experten vermutet hatten. Inzwischen erreicht die Arbeitslosenquote in West und Ost das niedrigste Niveau seit 1990. Daraus folgert der Autor: Im Arbeitsmarkt von morgen werden nicht die Unternehmer am längeren Hebel sitzen, sondern die Arbeitnehmer.

**Facebook macht blöd, blind und erfolglos**

Anitra Egger
Broschur, 224 S., 19,95 Euro
ISBN 978-3-280-05495-6
Orell Füssli Verlag

ES fotografiert Essen, Sonnenuntergänge und das Flüggewerden der Kinder und wechselt das Bildschirmleben mit dem richtigen Leben. ES ist ständig erreichbar und nirgendwo mehr richtig anwesend. ES sieht häufiger auf ein Display als in die Augen seines Gegenübers und hält Dauerablenkung für aufmerksam. ES enthemmt die Privatsphäre und publiziert Inhalte, die Hausfrieden und Jobkosten können...

**Bescheidenheit**

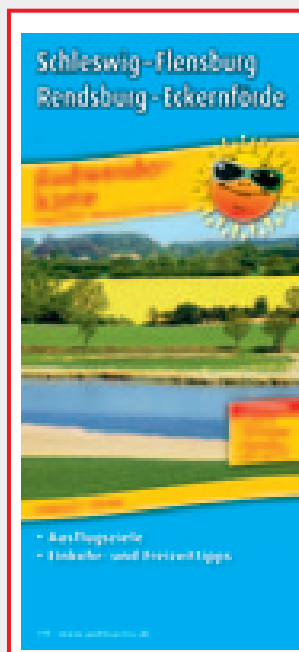
Sedlacek/ Orell
Geb., 128 S., 12,90 Euro
ISBN 978-3-446-43486-8
Carl Hanser Verlag

Mit seinem Buch „Die Ökonomie von Gut und Böse“ machte der tschechische Autor Furore – in Deutschland, aber auch international. In diesem Bändchen liest der „Kobold unter den farblosen Ökonomen“ seiner Zunft die Leviten. Zusammen mit dem kanadischen Mathematiker Orell kritisiert er den blinden Glauben an mathematische Modelle, die eins ums andere Mal unsere Welt riskanter machen. Stattdessen fordert er mehr Bescheidenheit.

Duden Redewendungen

Geb., 4. Auflage, 22,99 Euro
ISBN 978-3-411-04114-5
Bibliographisches Institut

„Das Leben ist kein Ponyhof“, „jemanden hinter die Fichte führen“ oder „etwas in die Bucht schmeißen“ – wer kennt sie nicht, die vielen Redewendungen, die uns täglich so leicht von der Zunge gehen? Aber wer kennt schon ihre Bedeutung oder gar Herkunft? Der Duden hilft, wie immer, weiter und hat auch zahlreiche neue, umgangssprachliche Redewendungen aufgenommen.

**GEWINNSPIEL**

Der Publicpress Verlag produziert seit über 25 Jahren Freizeitkarten; und so gibt es auf der Deutschlandkarte inzwischen kaum noch ein Fleckchen, von dem es keine Karte von Publicpress gibt. Das Verlagsprogramm umfasst unter anderem Rad- und Wanderkarten, Erlebnis- und Reiseführer, Stadtpläne und Motorradkarten und wird stetig weiter ausgebaut. Die Karten mit der Sonne sind die optimalen Begleiter für Ihre Touren und Ausflüge. Sie sind handlich, qualitativ hochwertig, wetterfest und abwischbar.

Info: www.publicpress.de

So können Sie gewinnen:

Senden Sie einfach eine E-Mail an unsere untenstehende Redaktionsadresse und geben Sie Ihre „Wunschregion“ und Ihre Postanschrift, an die wir die Karte – falls Sie gewinnen – kosten- und portofrei für Sie senden können. Viel Glück!

E-Mail: info@mitmagazin.com

RECHT IM GESPRÄCH ▶

Rechtliche Fragen beherrschen unseren Alltag und auch das Miteinander im Berufsleben. Die Beziehungen zwischen Unternehmen stehen ebenso auf dem rechtlichen Prüfstand, wie die Vertragsverhältnisse zwischen Firmen und Verbrauchern.

Wir wollen helfen, mehr Licht in den Paragraphen-Dschungel zu bringen. Dazu geben wir Ihnen gerne die Gelegenheit, uns Fragen zu rechtlichen Problemen zu senden. Eine kurze Mail genügt. Wir werden jeden Monat ausgewählte Fragen veröffentlichten und beantworten oder zu aktuellen Themen Wissenswertes mitteilen.

Aber Achtung: *Es geht dabei nicht um eine individuelle rechtliche Beratung. Die erhalten Sie bei Ihren Rechtsanwälten vor Ort. Wir wollen vielmehr allgemeine rechtliche Tendenzen aufzeigen.*

Unsere Leserin Christina N. ist Vermieterin einer Eigentumswohnung. Bereit in der Vergangenheit gab es immer wieder Ärger mit den Mietern. So wurde mal eine Miete nicht pünktlich gezahlt. Dann blieben die Mieter mit den Nebenkostenvorauszahlungen im Rückstand. Für die Vermieterin stellt sich die Frage, ob eine Kündigung nur in Betracht kommt, wenn die Mieter mit zwei Monatsmieten in Verzug sind.

Grundsätzlich ist eine fristlose Kündigung eines Mietvertrages über Wohnraum möglich, wenn der Mieter mit mehr als zwei Monatsmieten im Rückstand ist. Natürlich kommt es auch hier wegen der Einzelheiten auf den genauen Wortlaut des Mietvertrages an. Es gibt Mietverträge, die sehen die Mietzahlung am Monatsende und andere eine solche im Voraus am Monatsanfang vor. Auch kann es darauf ankommen, ob der Mietvertrag im Übrigen rechtswirksam ist oder ob

„nur“ die gesetzlichen Regelungen des BGB gelten.

Manchmal mag es für einen Vermieter aber auch interessant sein, eine ordentliche Kündigung auszusprechen. Der BGH hat im Oktober 2012 noch einmal bestätigt, dass für eine solche Kündigung nicht zusätzlich die Voraussetzungen einer außerordentlichen Kündigung vorliegen müssen. Der Mieter muss schuldhaft und „nicht unerheblich“ (§ 573 II BGB) gegen seine vertraglich übernommenen Pflichten verstoßen. Dafür kann es ausreichen, wenn der Mieter mit mehr als einer Monatsmiete mehr als einen Monat in Verzug ist. Ist er mit anderen Verpflichtungen ebenfalls in Verzug, können sich die Fristen sogar noch verkürzen.

Praxistipp: Vor Ausspruch der Kündigung sollte unbedingt fachlicher Rat eingeholt werden. Es kann bei der Berechnung der Fristen auf jeden Tag ankommen. Das prozessuale Risiko und damit das finanzielle Risiko ist daher sehr hoch. Die Rechtsanwaltskammern benennen einem gerne auch telefonisch eine Expertin oder einen Experten.

Mit dem Frühjahr beginnt auch auf den Baustellen des Landes wieder die Saison. Die Auftragsbücher der mittelständischen Handwerksbetriebe sollen gut gefüllt sein, so berichten es zumindest die Zeitungen. Da kann man nur hoffen, dass die Baustelle gut „läuft“ und die vertraglichen Grundlagen präzise formuliert sind. Ansonsten kann es im Herbst ein böses Erwachen geben, wenn die Rechtsstellung geplant ist.

Jeder weiß, wie es auf dem Bau zugeht: Alles soll schnell gehen und am Besten bereits „Gestern“ fertig gewesen sein. An juristisch korrekte Nachtragsaufträge oder die rechtzeitige Anmeldung von Bedenken gegen die Arbeit des vorherigen Gewerkes wird dabei nur selten gedacht. Wer aber schon keinen konkreten Auftrag nachweisen

kann, hat es als ausführender Betrieb schwer, im Streitfall die angemessene Vergütung durchzusetzen. Vor Gericht wird aus dem lockeren Ton auf der Baustelle ganz plötzlich eine sehr förmliche Betrachtungsweise.

Das musste auch ein Architekt erfahren, der im Hinblick auf die angedachte zukünftige Nutzung eines Grundstücks erhebliche Planungsleistungen erbrachte. Als sich die Sache dann zerstückelte, wollte er von seinem Vertragspartner, dem Grundstückseigentümer, die Planungsleistungen honoriert erhalten. In zweiter Instanz verneinte das OLG Frankfurt (10 U 183/11) einen solchen Anspruch.

Grundsätzlich bedeuten ausgeführte Architektenleistungen nicht automatisch, dass diese auch zu bezahlen sind. Grundlage hierfür muss ein konkreter Vertrag sein. Dieser sollte auch eine ganz klare Aussage dazu enthalten, wer der Auftraggeber des Architekten ist. In dem zu entscheidenden Fall war wohl angedacht, dass der noch zu findende zukünftige Investor der (zukünftige) Auftraggeber sein wird und nicht der Grundstückseigentümer.

Der Architekt hatte viel Arbeit und keinen Lohn. Eine anwaltliche Prüfung eines Bauvertrages oder Architektenvertrages führt vielleicht zu einer Verzögerung von zwei Tagen und verursacht dazu sicherlich auch Kosten für zwei bis drei honorarfähige Anwaltsstunden. Im Nachhinein betrachtet ist das aber meistens eine im wahrsten Sinne des Wortes sehr lohnende Investition.

Schreiben Sie uns:
rechtsfragen@mitmagazin.com



Wolf-Dietrich Bartsch, Rechtsanwalt und Notar, stellt sich den Fragen unserer Leser

MIT auf Trend-Messe dabei

Über 26.500 Menschen aus der Region Osthessen informierten sich auf der Trend-Messe in Fulda und kamen mit Mittelständlern ins Gespräch. In einem offenen Austausch der MIT-Delegation mit Messeleitung, Kreishandwerkerschaft und Politik ging es um die Themen Ausbildung, Auftragsvergabe, Mindestlohn und Energie. „Die Trend-Messe ist das Schaufenster der regionalen Wirtschaft,“ sagte der Fuldaer MIT-Kreisvorsitzen-

de Winfried Rippert. Vor Ort machte der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU-Fraktion im Hessischen Landtag und MIT-Landesehrvorsitzende, Dr. Walter Arnold, auf das neue Hessische Mittelstandsförderungs- und Vergabegesetz aufmerksam. Für den MIT-Landesvorsitzenden Frank Hartmann ist dieses Gesetz „ein großer Wurf für den Hessischen Mittelstand und beispielhaft für alle anderen Bundesländer“.



Messebesuch in Fulda: die MIT Hessen ist nah am Ohr des regionalen Mittelstandes

Damit Strom bezahlbar bleibt

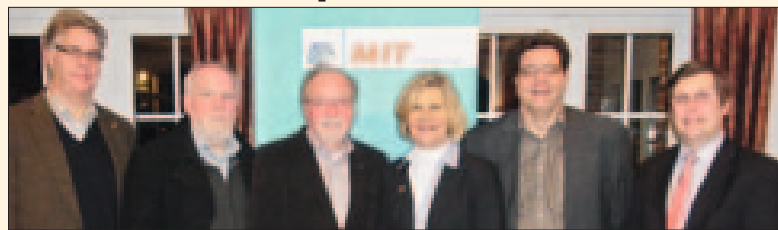
Gemeinsam mit der CDU war die MIT Tübingen auf der Verbrauchermesse „Für die Familie (fdf)“ vertreten und warb dort für bezahlbaren Strom. „Es wird uns nicht gelingen, allein mit planwirtschaftlichen Verordnungen, schon gar nicht mit einem Übermaß an Subventionen“, so ein Zitat von Bundespräsident

Joachim Gauck mit Bezug auf die Energiewende, das auf der Leinwand prangte. Bei allem Idealismus und trotz der Notwendigkeit zum Umbau der Stromversorgung war die daraus abgeleitete Forderung der MIT unmissverständlich: „Stärkere Begrenzung der Subventionierung erneuerbarer Energien!“



Die MIT- und CDU-Mitglieder am Messestand in Tübingen

Frau an der Spitze



Die MIT Ostfriesland mit einem neuen starken Team

Die Rechtsanwältin Gabriele Schapp ist die neue Bezirksvorsitzende der MIT Ostfriesland. Johannes Hippen, Frank Momberger, Friedhelm Penning und Johann Stindt stehen ihr als Stellvertreter zur Seite. Heinz Cuno,

Walburga Flemer-Friedrichs, Theo-Frits Frankemölle, Wolfram Heidrich, Uwe Hellmann, Silvia Lübcke, Hayo G. Onken und Petra Wiedig werden in den kommenden zwei Jahren als Beisitzer im Bezirksvorstand der MIT fungieren.

Politische Weinprobe

„Etwas verwundert war ich, von der MIT zum Thema Neue EU-Weinbaurichtlinie nach Heidelberg eingeladen zu werden“ so Daniel Caspary, MdEP, in seiner Einleitung. Der MIT-Vorsitzende Dr. Jan Gradel hatte in seiner Begrüßung betont, dass Weinbauern eben auch Mittelständler sind und somit das Thema bei der MIT gut aufgehoben ist. Dieser Meinung schlossen sich auch die Vorsitzenden der MIT aus Mannheim, Wolfgang Taubert und Malte Kaufmann vom Rhein-Neckar-Kreis an. Grund der Veranstaltung war die An-

kündigung der EU, die Weinbaurichtlinie zu liberalisieren und die Anbaubeschränkungen zurückzunehmen. Nach Meinung der regionalen Winzer hätte dies bedeutet, dass billige Massenweine aus dem Ausland den Markt überschwemmen und eine wettbewerbsfähige Vermarktung der Weine aus den schwierigeren heimischen Anbaugebieten nicht mehr möglich wäre. Caspary gab nun Entwarnung. Die Weinbaurichtlinie bleibt im Wesentlichen wie sie ist, es wird lediglich eine jährliche Flächenerweiterung von einem Prozent zugestanden.

MIT und MU in den sozialen Netzwerken

MIT

Internet: www.mittelstand-deutschland.de

facebook: www.facebook.com/MITbund

youtube: www.youtube.com/MITpodcast

twitter: www.twitter.com/MIT_bund

flickr:

www.flickr.com/mit-bundesgeschaeftsstelle

MU

Internet: www.mu-bayern.de

facebook:

www.facebook.com/mittelstandsunion

xing: www.xing.com/net/muby

flickr: www.flickr.com/photos/mu-bayern

facebook

twitter

flickr

XING

You Tube

VZ

myspace

myspace

LinkedIn

rss

rss



Großer Erfolg für die MU: Rückführung der Vorfälligkeit der Sozialbeiträge

CSU gegen Vorfälligkeit der Sozialversicherungsbeiträge

Die Rückführung der Vorfälligkeit der Sozialversicherungsbeiträge ist Beschlusslage der CSU. Nach eingehender Diskussion erkämpften die MÜler auf dem kleinen Parteitag der CSU die Annahme eines entsprechenden Antrags der Delegierten Hans Michelbach, Thomas Brändlein und Peter Erl. Das Papier war vom CSU-Parteiausschuss überwiesen worden. Redner der MU legten den Delegierten eindringlich die Probleme der Betriebe bei der 2006 von Rot-Grün eingeführten Regelung dar: hohe Bürokratiekosten, insbesondere für Betriebe mit variablen Entgeltbestandteilen beziehungsweise variablen

Arbeitszeiten, was gerade bei Handwerksbetrieben häufig der Fall ist, und Liquiditätskosten für die Betriebe, die sich hinderlich auf deren Investitionsfähigkeit auswirken. Der Parteivorsitzende Horst Seehofer unterstrich die Forderung der MU: „Der Mittelstand hat wesentlich dazu beigetragen, dass Deutschland die europäische Schuldenkrise so gut bewältigt. Die Betriebe müssen von unnötiger Bürokratie entlastet werden.“ „Die Annahme des Antrags durch den Parteitag ist ein großer Erfolg für die MU und ein starkes Signal für den Mittelstand“, zog MU-Landesvorsitzender Hans Michelbach zufrieden sein Resümee aus der Antragsberatung.

MU-Ehrenvorsitzender wurde 70

Der Ehrenvorsitzende und langjährige stellvertretende Vorsitzende der Mittelstands-Union, Klaus Dieter Breitschwert, feierte am 21. April seinen 70. Geburtstag. Klaus-Dieter Breitschwert war 39 Jahre stellvertretender Landesvorsitzender der MU und ist seit der letzten Landesversammlung in Coburg der Ehrenvorsitzende der Mittelstands-Union. Der Jubilar engagierte sich in dieser langen Zeit mit vollem Einsatz für die Interessen des Mittelstandes und kämpfte für die Forderungen der Mittelstands-Union. Als Abgeordneter im Bayerischen Landtag setzt er sich seit mehr als 20 Jahren dafür ein, dass unsere mittelständischen Leistungsträger in der Politik Gehör finden.

Als Mitinhaber und geschäftsführender Gesellschafter des familieneigenen Kfz-Handels- und Handwerksbetriebes und damit Mittelständler mit Leib und Seele weiß er, wo den Mittelstand der Schuh drückt. Als Leiter des Parla-

mentskreises Mittelstand CSU-Landtagsfraktion (PKM) und Mitglied des Ausschusses für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie im Bayerischen Landtag definiert er die mittelstandspolitischen Themen der Fraktion, sorgt dafür, dass die Belange des Mittelstandes gehört werden und bringt seinen unternehmerischen Sachverstand in die Arbeit im Parlament ein – Mittelständler können der Politik in vielen Bereichen noch einiges beibringen. Für seine Heimatregion Ansbach in Mittelfranken engagiert sich Klaus-Dieter Breitschwert als ehrenamtlicher Bürgermeister, CSU-Kreisvorsitzender und stellvertretender CSU-Bezirksvorsitzender. Klaus-Dieter Breitschwert ist Träger des Bayerischen Verdienstordens, der Bayerischen Verfassungsmedaille in Silber und der Kommunalen Verdienstmedaille. Die Mittelstands-Union dankt Klaus Dieter Breitschwert für seinen unermüdeten Einsatz für die MU!



Stolzer Altersjubililar und MU-Ehrenvorsitzender: Klaus-Dieter Breitschwert



Vorgestellt

Die neue stellvertretende MU-Landesvorsitzende Sandra Schnarrenberger

Auf der letzten Landesversammlung der Mittelstands-Union in Coburg wurde Dr. Ing. Sandra Schnarrenberger zur stellv. MU-Landesvorsitzenden gewählt. Sandra Schnarrenberger studierte Ingenieurwissenschaften (Bauwesen) an der Technischen Universität München und legte im Jahre 2006 ihre Promotion an der Technischen Universität Kassel ab. Im gleichen Jahr begann sie ihre Tätigkeit im elterlichen Betrieb, der Gairing Omnibusverkehr GmbH & Co KG, dessen geschäftsführende Gesellschafterin sie seit 2010 ist. Ferner ist sie seit 2008 Mitglied im Verkehrsausschuss der MIT und MU-Kreisvorsitzende Neu-Ulm und Günzburg sowie seit 2011 Mitglied in der Verkehrskommission der CSU. Sie vertritt die Interessen der mittelständischen Unternehmer im Vorstand des Landesverbandes Bayerischer Omnibusunternehmer und im Bundesverband Deutscher Omnibusunternehmer. Gemeinsam mit Jan Helmer leitet sie den MU-Fachausschuss Energie, Infrastruktur, Verkehr und Umwelt.

Wie sind sie zur Mittelstands-Union gekommen und was erwarten Sie sich von Ihrem Engagement?

Sandra Schnarrenberger: Vorrangig bin ich in unserem mittelständischen Familienbetrieb aufgewachsen und habe das Zusammenspiel von Familie und Mitarbeitern als ausgesprochen positive Erfahrung mitgenommen. Dazu kommt,

dass meine Eltern schon immer sehr politisch interessiert waren und in der Mittelstands-Union aktiv. Wächst man damit auf, wird das eigene Engagement zur Selbstverständlichkeit.

Wo sehen Sie Ihre Schwerpunkte bei der Vertretung von Mittelstandsinteressen?

Schnarrenberger: Es sind immer die gleichen Stellen, an denen man politisch eine mittelstandsfreundliche Richtung einschlagen kann und sie interessieren mich auch alle. Vom Steuerrecht über ganz aktuell der Energiepolitik bis zum Finanzsektor eröffnet sich ein breiter Betätigungsfächer. Da ich mich aber aufgrund meiner bisherigen Tätigkeit am besten in der Infrastruktur-, Verkehr- und Siedlungsplanung auskenne, möchte ich mich auch hier speziell einbringen.

Was muss denn aus Ihrer Erfahrung heraus getan werden, um mehr Frauen für technische Berufe zu begeistern?

Schnarrenberger: Eine Heranführung von jungen Menschen an die naturwissenschaftlichen Berufe kann nur über begeisternde Lehrer und über mehr Information im Vorfeld der Berufswahl über diese eventuell nicht immer ganz greifbaren Berufe erfolgen. Wir sollten uns auch unserer eigenen weltweit hoch anerkannten Ingenieurtradition wieder mehr bewusst werden.

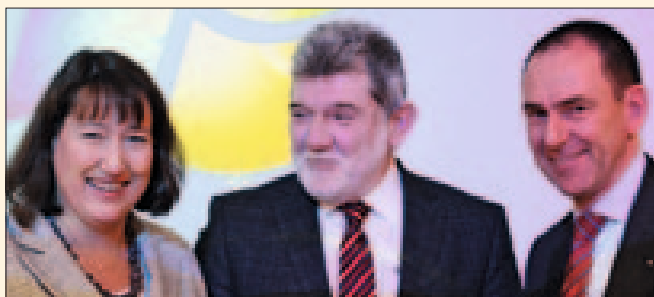
Mittelstandsgespräch mit Dr. Otto Wiesheu Vertrauen, Verlässlichkeit, Beständigkeit

Die künftige Ausrichtung einer mittelstandsfreundlichen Energiepolitik war zentrales Thema einer Diskussionsveranstaltung der Mittelstands-Union Neu-Ulm/Günzburg und Oberallgäu. Als Fachreferenten standen der frühere bayerische Staatsminister für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie Dr. Otto Wiesheu und der Bundestagsabgeordnete und energiepolitische Sprecher der CSU-Landesgruppe im Bundestag, Dr. Georg Nüßlein, den 70 Gästen nach ihren Vorträgen für eine Diskussion zur Verfügung.

Georg Nüßlein eröffnete mit einem Impulsreferat über den Energiemarkt und die Auswirkungen auf die Unternehmen den Abend. Er erinnerte daran, dass das kontrovers diskutierte Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) ursprünglich dazu diente, dass sich auch kleinere Unternehmen an der Umstellung des deutschen Energiemarktes aktiv beteiligen konnten und noch immer können. Dieser Weg sei mittelstandsfreundlich und weiterhin richtig. Allerdings müssten die Konditionen dafür dringend angepasst werden, was jedoch mit Augenmaß geschehen müsse.

Mit den Worten „Vertrauen, Verlässlichkeit, Beständigkeit“ fasste Otto Wiesheu, Präsident des Wirtschaftsbeirates der MU, die maßgeblichen Attribute der mittelstandsfreundlichen Politik in Bayern zusammen. So hat sich in Bayern zwischen 1957 und 2005 ein Mittelstand entwickelt, der sich in den Krisenzeiten von den europäischen Nachbarn deutlich abgehoben hat und Bayern unter CSU-Führung stabil und zukunftsfähig macht. Dieser Erfolg basiert auf den Grundprinzipien der sozialen Marktwirtschaft - Freiheit, Verantwortung und Chance. Angesprochen auf die europäische Regelungsproblematik beim Bankenwesen, verwies Dr. Wiesheu auf die immer wiederkehrende Problematik in der EU, den europäischen Nachbarn das Wesen des Mittelstandes nahezulegen. „Wer keinerlei Mittelstand im Land hat, kann das Prinzip nicht verstehen.“

Energiekommission besucht BDEW



Energiekommission diskutierte zur Zukunft des EEG: Hildegard Müller, Oliver Doleski und Horst Tarnawski

Die Mitglieder der Kommission Energie und Umwelt der MIT haben den Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e.V. (BDEW) in Berlin besucht. Dabei überreichten der stellvertretende Kommissionsvorsitzende Horst Tarnawski und das Kommissionsmitglied Oliver D. Doleski (Mitherausgeber) das Fachbuch „Smart Meter Rollout“ an Hildegard Müller, Vorsitzende der BDEW-Haupt-

geschäftsführung. In ihrem Grußwort machte Müller deutlich, dass innovative Lösungen im Bereich des Zähl- und Messwesens von entscheidender Bedeutung für das Gelingen der Energiewende seien. Als weiterer Gast konnte Dr. Hubertus Bardt vom IW Köln begrüßt werden, mit dem die Kommission über die künftige Ausgestaltung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes diskutierte.

Wirtschaftsstammtisch gut besucht

Der MIT-Vorsitzende in Magdeburg, André Nollmann, rief kürzlich den Wirtschaftsstammtisch ins Leben. Die Veranstaltung in der „Hegel-Bierbar“ sprengte aufgrund des hohen Interesses und der gegebenen Kapazitäten fast den Rahmen. Neue und alte Kontakte konnten gepflegt und Herausforderungen der aktuellen

wirtschaftlichen Lage besprochen werden. Nollmann kritisierte dabei, „dass der Mittelstand die Wirtschaftskrise weitestgehend überstanden hat und nun in der Finanzkrise im Stich gelassen wird. Die Streichung der Wirtschaftsförderung durch den Landesfinanzminister Bullerjahn (SPD) ist hierbei nur ein Beispiel.“

Fairer Wettbewerb in Europa

Dr. Markus Pieper, Mitglied des Europa-Parlaments und Vorsitzender der MIT-Kommission Europa weilte auf Einladung der MIT-Bielefeld beim Unternehmer-Frühstück. Pieper referierte zum Thema „Europäischer Binnenmarkt und Europäischer Dirigismus“. „Unser Einsatz gilt einer starken Währung und fairen Wettbewerbsbedingungen für kleine und mittlere Unternehmen“, so Pieper. Themen wie Basel III, Berufsqualifikationen, Meisterbrief oder DIN-Normen erfordern eine spezielle deutsche Betrachtung. Die anstehende EU-Gesetzgebung sollte nach seiner Auffassung stärker im frühen Dialog mit der MIT diskutiert werden.

Gesundheitspolitik in Berlin

Die bürgerliche Koalition könne in Sachen Gesundheitspolitik mit großem Selbstbewusstsein auf die Legislatur zurückblicken. Dies machte der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Gesundheit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Jens Spahn, bei einem Gespräch mit der MIT-Gesundheitskommission deutlich. So wurden etwa Themen wie die GOZ, das Notfallsanitätärgesetz und das Arzneimittelneuordnungsgesetz erfolgreich aufgegriffen und strukturelle

Reformen eingeleitet. Als weiteren Gesprächsgast konnte der Kommissionsvorsitzende Dr. Rolf Koschorrek, MdB, den Präsidenten der Ärztekammer Berlin, Dr. med. Günther Jonitz, begrüßen. Die Kommission befasste sich auch mit der Stellung des GKV-Spitzenverbandes. Es wurde kritisiert, dass er als gesetzlich vorgeschriebener Monopolist die Wettbewerbsbedingungen im Gesundheitswesen verzerrt, was insbesondere Mittelständler schlechter stellt.



In der Gesundheitspolitik gibt es noch viel zu tun (v.l.n.r.): Dr. Günter Jonitz, Jens Spahn, MdB, und Dr. Rolf Koschorrek, MdB

Klausur unter Tage

Für die erste kreisweite Klausurtagung der MIT wählte der Vorsitzende der MIT Höxter, Klaus-Dieter Leßmann, einen besonderen Ort: das Erlebnisbergwerk „Glück auf“ Sondershausen am Rande des Südharz. Da sich der in Salz gehauene Sitzungssaal 700 Meter unter Tage befindet, war

man isoliert, Mobiltelefone und Internet nicht funktionstüchtig und man konnte sich auf die Arbeit konzentrieren. MIT-Landesgeschäftsführer Stefan Simmnacher bereicherte die Diskussion über die lokalen Höxteraner Themen mit Erfahrungswerten aus anderen Stadt- und Kreisverbänden.



Ohne Handy und Internet in Klausur: MIT Höxter

Das **WIR** entscheidet*

Wirtschaftsflügel steht im Wahlkampf zur Fortsetzung der bürgerlichen Regierungskoalition an der Seite der Union



Schulterschluss zwischen MIT und Union:
MIT-Bundesvorsitzender Josef Schlarmann (links)
und CDU-Generalsekretär Hermann Gröhe

Die Botschaften des MIT-Bundesvorstandes nach der zweitägigen Klausurtagung Mitte April in Königswinter angesichts der drei wichtigen Wahlen in Bayern, Hessen und im Bund waren klar:

- **Enger Schulterschluss mit den beiden Mutterparteien CDU und CSU mit aktiver Unterstützung im Wahlkampf verbunden mit der Forderung, dass der Kurs der Union mittelstandsfreundlich bleiben muss**
- **Absage an jegliche Sympathien für die Protestpartei „Alternative für Deutschland“ (AfD)**

- **Warnung vor den Steuerplänen von Rot-Grün**
- **Abschaffung der Doppelbesteuerung bei den Stromkosten**
- **Rückführung der Vorfälligkeit der Sozialversicherungsbeiträge**
- **Zurückhaltend kritische Haltung zu den EU-Hilfen für Zypern und für andere südeuropäische Länder, was deren Schuldentragfähigkeit angeht**

CDU-Generalsekretär Hermann Gröhe als Gast wusste, wer seine Gastgeber waren und ging das Generalthema gleich zu Beginn an: die Stammwähler-Problematik. Es sei zwar richtig, zwischen Parteimitgliedern, Stammwählern und Wechselwählern zu unterscheiden, aber in einer Zeit, in der nicht nur junge Menschen öfter mal den Handy-Tarif wechselten und das Zeitungs-Abo nicht mehr lebenslang gelte, müsse auch eine Partei ihre Programmatik anpassen.

So manch einer im Mittelstand sieht natürlich trotz all' der überstrahlenden demoskopischen Werte der Kanzlerin Angela Merkel die Gefahr, dass sie als Person nicht alle Wählerinnen und Wähler überzeugt und an die Union bindet. Beispiel Niedersachsen: Dem jungen, sympathischen Spitzenkandidaten David McAllister gelang es nicht, erneut die Mehrheit der Stimmen für seine CDU/FDP-Regierung zu erringen. Verständlich daher die Forderung nach mehr Köpfen, nach einer Mannschaft, die auch wirtschaftlichen Sachverstand repräsentiert.

Dann die kontroversen und aus Sicht des Wirtschaftsflügels völlig unnötigen

und kontraproduktiven Diskussionen innerhalb der Union über Frauenquote in Aufsichtsräten und Steuererhöhungen. Als habe die Union nicht schon genug damit zu schaffen, die Steuererhöhungspläne von SPD, Grünen und Linken abzuwehren, gebe es nichts Überflüssigeres als die Forderung der saarländischen Ministerpräsidentin, den Spitzensteuersatz zu erhöhen. Merkwürdig daran: Ein Shitstorm in der Union blieb aus. Taktische Absprachen unter den Verteilungspolitikern? Stimmenfang am linken Flügel? Die Antwort der Mittelstandspolitiker lautet: Nichts dergleichen, allenfalls Stimmenfang für die AfD, die neue Partei „Alternative für Deutschland“.

Sie, die AfD, deren Zulauf an Mitgliedern, der sich auch aus dem Widerstand gegen die lange Zeit als „alternativlos“ deklarierte Politik der Union speist, ist eine ernste Gefahr für die Regierungsfähigkeit der Union. In der MIT-Klausur gab es dazu eine klare Ansage: Eine Partei, die unsere Einbindung in die Europäische Union in Frage stellt, ist für die CDU und die CSU nicht koalitionsfähig. Daher ist jede Stimme für die AfD eine verschenkte Stimme: Ganz gleich ob sie über fünf Prozent kommt oder darunter bleibt – sie schwächt das Stimmresultat von Union und FDP und erhöht die Wahrscheinlichkeit eines rot-rot-grünen Bündnisses. Dazu Josef Schlarmann, der MIT-Bundesvorsitzende: „Wir dürfen nicht zulassen, dass sie unsere Stimmen bekommen. Sie sind unser natürlicher Gegner, weil sie unter Umständen eine Fortführung der bürgerlichen Koalition, die sie ja selbst wollen, verhindern.“

Günter Kohl

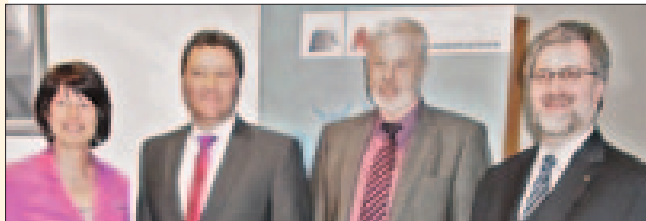
*Wir haben das geklaute Wahlkampfmotto der SPD absichtlich für unsere Überschrift gewählt, weil sie darauf keinen Alleinvertretungsanspruch erheben kann und es zum egozentrierten SPD-Kandidaten Steinbrück wie die Faust aufs Auge passt. So was kann man nur mit Ironie ertragen.

Die Beschlüsse der MIT finden Sie auch im Internet unter www.mittelstand-deutschland.de

NAMEN SIND NACHRICHTEN

MIT Oldenburg

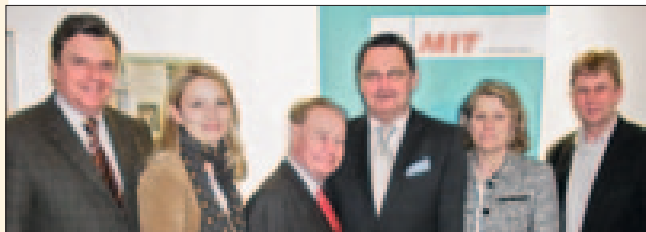
Heiko Eibenstein wurde zum neuen Landesvorsitzenden der MIT im Oldenburger Land gewählt. Er folgt damit dem Wilhelmshavener Bauunternehmer Ewald Peters nach, der nicht erneut für dieses Amt kandidierte. Als stellvertretende Landesvorsitzende wurden Rita van Döllen-Mokros, Günter J. Nyhuis und Alexander Prox gewählt. Schatzmeister wurde erneut Ralph Balkow. Als Beisitzer komplettieren den Vorstand: Eric Romba, Bernd Große Holthaus, Bernadette Huntemann, Rainer Munderloh, Werner Pawel, Eva Braa, Heinz Steenzen, Klaus Warnken und Heinrich Wolking.



Neu aufgestellt – MIT Oldenburg (v.l.n.r.): Astrid Grotelüschen, Heiko Eibenstein, Ewald Peters und Stephan Albani

MIT Nordostniedersachsen

Armin Ring aus Wolfsburg wurde einstimmig in seinem Amt als Bezirksvorsitzender der MIT Nordostniedersachsen gewählt. Der nahezu 400 Mitglieder zählende Mittelstandsverband umfasst die Kreise Celle, Harburg-Land, Gifhorn, Heidekreis, Lüchow-Danenberg, Lüneburg, Uelzen und Wolfsburg. Uwe Dorendorf, Dr. Oliver Körtner und Dr. Jochen Springer wurden zu stellvertretenden Bezirksvorsitzenden gewählt. Die Wahlen leitete der Geschäftsführer der Niedersachsen-MIT, Andreas A. Sobotta.



Der neue Vorstand der MIT Nordostniedersachsen (v.l.n.r.): Uwe Dorendorf, Cindy Lutz, Berndt von Schwartz, Armin Ring, Karin Nicolai und der Gastgeber Uwe Klaue

MIT Bergstraße

Im Kreisverband Bergstraße bestätigten die Mitglieder ihren Kreisvorsitzenden Werner Hartmann im Amt. Stellvertreter sind: Oliver Roeder und Hans Hamerak, der auch das Amt des Schriftführers wahrnimmt. Anja Müller wurde als Schatzmeisterin wiedergewählt. Zu Beisitzern wurden gewählt: Feridun Bahadori, Ralf Becker, Cornelius Fischer, Andreas Guthier, Sabine Heuler, Jürgen Hörner und Michael Jacobi. Zur Ehrenvorsitzenden wurde Rosel Koberg gewählt.

MIT Germersheim

Der MIT-Kreisverband Germersheim hat einen neuen Vorsitzenden gewählt. Zukünftig wird sich Armin Buchlaub den Interessen

des Mittelstandes in Germersheim annehmen und die Kontakte zu mittelständischen Unternehmern vor Ort ausbauen.

MIT Groß-Gerau

Die Mitglieder im KV Groß-Gerau wählten erneut Wolfram Winkler zum Vorsitzenden. Er wird unterstützt durch die stellv. Vorsitzende Patricia Emmel, den Schriftführer Paul Zeelen, die Schatzmeisterin Ursula Kraft und die Beisitzer Denny Kunkel, Andreas Zimmermann, Felix Brenk und Horst Zickler.

MIT Main-Taunus-Kreis

Bei der Mitgliederversammlung hat die MIT Main-Taunus-Kreis ihren Kreisvorstand neu gewählt. Neuer und alter Vorsitzender ist Dr. Markus A. Bock, der einstimmig in seinem Amt bestätigt wurde. Stellvertretende Vorsitzende sind Dr. Vinzenz Bödeker, Dr. Dr. Rolf Glazinski und Phillip Zimmer. Als Schatzmeister wurde Hans-Peter Witschel im Amt bestätigt. Sein Amt übernimmt ab 01.01.2014 Phillip Zimmer. Zu Beisitzern wurden Alexandra Glazinski, Reinhold Christmann, Kurt Fink, Frank Haas und Dr. Reinhard Kunz gewählt.

MIT Rhön

Der bisherige Vorsitzende des MIT-Verbandes Rhön, Lothar Schreiber, wurde in seinem Amt bestätigt. Stellv. Vorsitzender ist Jürgen Diener, Schriftführer Bastian Zellmer. Als Beisitzer wurden gewählt: Klaus Bauer, Manfred Helfrich, Markus Mihm, Mark Rehm und Mathias Pfeifer

MIT Stuttgart

Dr. Carl-Christian Vetter wurde erneut zum Vorsitzenden der MIT Stuttgart gewählt. Stellvertreter wurden Marcus Gneiting, Angelika Harm und Harald Weith. Schatzmeisterin ist künftig Cornelia Link und Pressesprecherin Ute Dick. Als Beisitzer arbeiten im



Vorstand Ralph Benda, Marc Benzinger, Charly Birkeneder, Markus Bott, Ioannis Dimas, Elisabeth Heinz, Apostolos Kelemidis, Thomas Koch, Helena Kapp, Joachim Krüger, Dr. Robert Pernar und Addis Merino Santin mit.

Das Eckige muss in das Runde: Neuwahlen bei der MIT Stuttgart

In eigener Sache

Der Mittelstands Magazin Verlag bietet grundsätzlich und insbesondere mit Blick auf die Wahlen dieses Jahres den Landesverbänden der MIT **regionalisierte Ausgaben des aktuellen Magazins** an. Die Regionalisierung kann sowohl aus einem eigenen vierseitigen Umschlag als auch aus einer Beilage oder einem Beihefter bestehen. Unverbindliche Info unter: info@mitmagazin.com oder Tel. 04305-992992


BAUSTELLE BERLIN
Liebe MIT-Streiter,

die Bundesgeschäftsstelle hatte zur Klausurtagung Mitte April in Königswinter ein inhaltsvolles Paket von Ideen aber auch von etlichen sehr konkreten Beispielen von Wahlkampfmaterialien zur Bundestagswahl dem Bundesvorstand auf den Tisch gelegt.

Diese inhaltlichen, aber auch schon im Grunddesign vorliegenden Materialien wurden vom Bundesvorstand sehr beifällig aufgenommen. Ja, ich gebe es mal gerne zu – die kleine Mannschaft der MIT hier in Berlin freut sich einmal über ein solches Lob! Nun werden diese Dinge von uns hier umgesetzt und den Kandidaten und den Landes- und Kreisverbänden angeboten!

Unsere MIT begleitet die 140 Unions-Bundestagskandidaten, die Mitglieder der MIT sind (von insgesamt 299 Bundestagswahlkreisen) auf Ihrem Weg und unterstützt Sie nachhaltig bei Ihrem Wahlkampf vor Ort!

Darüber hinaus haben wir ordentlich engagiert mit dem Generalsekretär der CDU, Hermann Gröhe, in Königswinter diskutiert. Unser GS hat sich zwei Stunden Zeit für die Diskussion mit seiner MIT genommen! Ich habe mich auch sehr darüber gefreut, dass der zuständige Kreisvorsitzende und stellvertretende Landesvorsitzende der MIT-NRW, Norbert Nettekoven zu Beginn der Klausur uns herzlich in Königswinter begrüßte.

In den Medien hat sich für mich erstaunlich ausführlich ein Bild der „Alternative für Deutschland“ gezeigt. Was haben die für einen Presseauftrieb! Zu diesen Diskussionen sage ich gebetsmühlenartig seit

einiger Zeit stets dasselbe – die „Partei der Nichtwähler“ gefährdet die Union!

So erhielten die beiden großen Volksparteien CDU und SPD bei der Bundestagswahl 2009 nicht einmal mehr als 40 Prozent der Wahlberechtigten. Über 60 Prozent wählten eine der kleinen Parteien oder gingen erst gar nicht zur Wahl! Der Vertrauensschwund von CDU und SPD ist nicht nur auf Bundesebene, sondern auch auf Landes- und Kommunalebene zu registrieren. Bei der Landtagswahl in Niedersachsen überstieg die Zahl der Nichtwähler und ungültigen Stimmen mit 41,5 Prozent ebenfalls die der Wähler von CDU und SPD, die zusammen nur auf 40 Prozent kamen. Haben die Grünen oder sogar die Piraten davon profitiert? Ich glaube nicht!

Die Piraten zerlegen sich selbst, und die Grünen sind letztlich nur in einer kleinen Bevölkerungsschicht verankert – finden aber gerade im öffentlichen Dienst erhebliche Sympathien. Auch in Journalistenkreisen gibt es starke Sympathien für die grüne Bewegung – dadurch kann natürlich auch ein gewisser Einfluss auf die politische/öffentliche Diskussion erfolgen. Unsere Parteien CDU und CSU müssen sich wieder um die Stammkundschaft kümmern – aber natürlich auch Sensoren entwickeln für neue Lebensentwürfe in unserer Gesellschaft.

Drei Quizfragen zum Abschluss:

Wenn Sie die richtigen Antworten wissen – schreiben Sie mir per Mail. Unter den Gewinnern verlosen wir einige interessante Bücher.

Frage 1: Wer hat die PET-Flaschen in Deutschland eingeführt?

Frage 2: Wer hat den Katalysator in Deutschland eingeführt?

Frage 3: Wer/wo hat zuerst in Deutschland eine Tempo 30 Zone eingeführt?

baustelle@mittelstand-deutschland.de



Hier schreibt
MIT-Hauptgeschäftsführer
Hans-Dieter Lehnen

IMPRESSUM MittelstandsMagazin**Herausgeber**

Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU, vertreten durch den Bundesvorsitzenden Dr. Josef Schlarmann und den Hauptgeschäftsführer Hans-Dieter Lehnen, Charitéstraße 5, 10117 Berlin

Verlag

GK MittelstandsMagazin Verlag GmbH
Geschäftsführer Günter F. Kohl
Gärtnerkoppel 3
24259 Westensee
Telefax: 04305 / 992 993
E-Mail: info@mitmagazin.com
www.mitmagazin.com

Chefredakteur

Günter F. Kohl (G.K.)
E-Mail: gk@mitmagazin.com

MIT-Inside

Astrid Jantz (aj)
Telefon: 0 30/22 07 98-16, Telefax: 22 07 98-22
E-Mail: jantz@mittelstand-deutschland.de

Redaktion Recht

Wolf-Dietrich Bartsch, Rechtsanwalt und Notar
rechtsfragen@mitmagazin.com

Titelfoto

Pitopia

Anzeigen

GK MittelstandsMagazin Verlag GmbH
Gärtnerkoppel 3, 24259 Westensee
Brigitte Kohl
Telefon: 04305 / 992 992, Fax 04305 / 992 993
E-Mail: anzeigen@mitmagazin.com

Anzeigenverkauf

Nielsen I, II, VI, VII
Verlagsvertretung Getz
Telefon: 02205 / 8 61 79, Fax 02205 / 8 56 09

Nielsen III a, III b, IV, V
KDH Medienservice
Karin Dommernuth-Hoffmann
Tel. 0261 / 394 953 36, Fax 0261 / 394 953 37

Satz und Layout

Walter Katofsky, Kiel
Telefon: 0431 / 54 22 44, Telefax: 0431 / 260 35 66
E-Mail: wk@mitmagazin.com

Druck

CW Niemeyer Druck GmbH
Böcklerstraße 13, 31789 Hameln

Bezugsbedingungen

MIT MittelstandsMagazin erscheint zehnmal jährlich.

Die Kündigung des Abonnements ist jeweils mit einer Frist von sechs Wochen zum Jahresende möglich. Für Mitglieder der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU ist der Bezug des MIT-Magazins im Mitgliedsbeitrag enthalten. Bei Nichterscheinen infolge höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Schadensersatz.

ISSN 0932-3325

Copyright für den gesamten Inhalt:
GK MittelstandsMagazin Verlag GmbH, Nachdrucke und Internet-Links nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages. Verstöße dagegen sind Urheberrechtsverletzungen und lösen Schadenersatzforderungen aus.



Informationsgemeinschaft
zur Feststellung der
Verbreitung von
Werbeträgern e. V. (IVW)





Cooler Leute sammeln Briefmarken ... für Bethel!

Bitte schicken Sie uns Ihre Briefmarken.
Sie schaffen damit sinnvolle Arbeit für behinderte Menschen.

Briefmarkenstelle Bethel · Quellenhofweg 25 · 33617 Bielefeld
www.briefmarken-fuer-bethel.de

Der neue Mazda6.

Emoti**ON** und Kraftst**OFF**

3,9 l/100 km¹⁾

380 Nm Drehmoment Motorleistung

14:1 Verdichtungsverhältnis

Automatikgetriebe

Chassis i-stop
Leichtbau

110 kW (150 PS) Leistung Fahrspaß

i-ELOOP 104 g CO₂/km¹⁾



ZOOM-ZOOM



Der Mazda6.
Platz 1 bei der AUTO TROPHY 2012
in der Kategorie Mittelklasse Import.

MAZDA FLEET. QUALITÄT ERLEBEN. EFFIZIENZ ERFAHREN.

Ob als Dienstwagen, Taxi oder für die Flotte: Beim neuen Mazda6 harmoniert das athletische, aerodynamische Design perfekt mit der innovativen SKYACTIV Technologie und der neuen i-ELOOP Bremsenergieerückgewinnung. Das rechnet sich für Sie: Der leistungsstarke Dieselmotor mit 110 kW (150 PS) und einem beeindruckenden Drehmoment von 380 Nm verbraucht nur ab 3,9 l/100 km. Auf Wunsch auch als Diesel Automatik verfügbar. Am besten informieren Sie sich gleich unter mazda.de über unsere Angebote für Firmenkunden.

MAZDA6 KOMBI

Finanz-Leasing schon ab € 249²⁾

Full-Service-Leasing schon ab € 315³⁾
(inkl. Servicemodul)

Barpreis schon ab € 19.153⁴⁾

1) Kraftstoffverbrauch im kombinierten Testzyklus: 6,4 - 3,9 l/100 km; CO₂-Emissionen im kombinierten Testzyklus: 150 - 104 g/km.

2) Ein gewerbliches Leasingangebot der Mazda Finance - einem Service-Center der Santander Consumer Bank AG, Santander-Platz 1, 41064 Mönchengladbach - bei NULL Leasing mit € 0 Sonderzahlung, 36 Monaten Laufzeit und 60.000 km Gesamtleistung für einen Mazda6 Kombi 2.2 l SKYACTIV-D Diesel, 110 kW (150 PS), Prime-Line. 3) Gewerbliches Leasingangebot wie unter 2) inkl. aller Service- und Inspektionsarbeiten, GAP-Versicherung, aller anfallenden Verschleißreparaturen und der Kosten für die fällige Abgas- und Hauptuntersuchung. Gemäß den aktuellen Vertragsbedingungen. 4) UPE der Mazda Motors (Deutschland) GmbH für einen Mazda6 Kombi 2.2 l SKYACTIV-D Diesel, 110 kW (150 PS), Prime-Line.
Alle Preise exkl. MwSt., zzgl. Überführung und Zulassung. Nur bei teilnehmenden Mazda Vertragshändlern und verbindlicher Bestellung bis 30.06.2013. Abbildung zeigt Fahrzeug mit höherwertiger Ausstattung.